

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3.30 M., monatlich 1.10 M.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1.10 Mark pro Monat,
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1901 unter Nr. 7671.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Österreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montage.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Dienstag, den 23. April 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Die Zahlung der Zechen für den Boerenkrieg.

Nun ist die Staatshaushalts-Vorlage des britischen Schatzkancellers Sir Michael Hicks Beach, der die Öffentlichkeit mit so großer Spannung entgegengesehen hat, heraus, und die Diskussion über des Ministers Vorschläge über die Deckung der Geldkosten des Boerenkriegs im vollen Fluß. Aber die Diskussion dreht sich, wie so oft, mehr um die kleineren als um die großen Fragen, die dabei in Betracht kommen.

Der Minister will von dem Fehlbetrag, um den der Krieg in Südafrika und die Beteiligung am Chinahandel den britischen Haushalt diesmal vergrößert, und der sich auf über eine Milliarde Mark beläuft, etwa den fünften Teil durch Steuern, vier Fünftel aber durch Erhöhung der konsolidierten Nationalschuld decken. Von dieser Erhöhung der Nationalschuld wird sehr wenig, von den vorgeschlagenen Steuern dagegen sehr viel gesprochen, es sollte aber, wenigstens in England, umgekehrt der Fall sein.

Erledigen wir zunächst die unseres Erachtens weniger bedeutende Sache.

Wie schon gemeldet, sind drei neue Steuern in Aussicht genommen worden und zwar:

Erstens eine Abgabe von einem Schilling für jeden Centner ausgeführter Kohle. Geschätzter Ertrag: 42 Millionen Mark.

Zweitens eine Abgabe auf Zucker, die für den raffinierten Zucker das englische Pfund um 4½, für Rohzucker das englische Pfund um 2 Pfennige im Preise erhöht. Geschätzter Ertrag: 102 Millionen Mark.

Drittens eine Erhöhung der Einkommensteuer von 1 Schilling auf 1 Schilling 2 Pence für jedes Pfund Sterling steuerpflichtiges Einkommen. Geschätzter Ertrag: 76 Millionen Mark.

Gegen die Ausfuhrabgabe auf Kohlen läßt sich mancherlei vorbringen. Es ist aber noch fraglich, ob sie den Profit der englischen Kohlenexporteure treffen oder von den auswärtigen Käufern wird bezahlt werden müssen, da die vornehmlich in Betracht kommende Walliser Kohle fast ein Monopol auf dem Markt genießt. Aber selbst wenn das erstere der Fall wäre, würde die Kohlenindustrie Englands kaum erheblich geschädigt werden. Die Profite der englischen Grubenbesitzer sind in den letzten Jahren so außerordentlich hohe gewesen, daß sie den Abschlag ganz wohl verschmerzen können.

Etwas anders ist es, ob England mit dem Ausfuhrzoll auf Kohle nicht einen Riß in seine Freihandelspolitik vollzieht, und jedenfalls bewegt sich diese Abgabe hart an der Grenze zwischen Schutz- und Finanzzoll. Die Frage ist aber vorläufig noch eine der reinen Theorie, denn daß die Regierung sonst nicht von der Freihandelspolitik abzuweichen gedenkt, zeigt die Antwort des Ministers auf die Frage, ob er bei der Zucksteuer nicht die westindischen Kolonien Englands ausnehmen oder schonen wolle, die von der Konkurrenz der Länder mit Ausfuhrvergütung so schwer bedrückt würden. Die Antwort war ein unumwundenes Nein.

Die vorgeschlagene Zucksteuer ist eine reine Finanzsteuer bezogen auf eine indirekte Steuer auf den Konsum zu reinen Finanzzwecken. Was gegen solche Steuern als Belastung des Massenkonsums eingewendet werden muß, ist bekannt. Der Höhe nach ist die Steuer immerhin bedeutend niedriger als die Zucksteuer der meisten andern Staaten, u. a. auch Deutschlands. Und da England aus diesen Staaten den Zucker um die Ausfuhr-Vergütungssätze verbilligt erhält, wird der englische Arbeiter das Pfund Zucker immer noch um 6 bis 8 Pfennig billiger kaufen können, als der Arbeiter in den Ländern, wo der Zucker produziert wird. Der Preis für das englische Pfund Zucker schwankte zuletzt im englischen Einzelhandel je nach der Güte zwischen 10 bis 20 Pfennige. Er würde nach der Steuer zwischen 12 bis 25 Pfennige betragen.

Der Ausschlag auf die Einkommensteuer bringt deren Rate auf 5½ Proz. In den Jahren vor dem Krieg war der Satz 3½ Proz. gewesen. Im Vorjahre erhöhte ihn das Parlament auf 5 Proz., und es ist ziemlich außer Zweifel, daß auch die jetzige Erhöhung durchgehen wird. Soweit kann man also der im englischen Parlament dominierenden hegemonialen Klasse Englands das Zeugnis ausstellen, daß sie sich beim Steuerzahlen weniger ihrer Pflicht entzieht, wie die der meisten Festlandstaaten. Das Verhältnis der direkten zu den indirekten Steuern in England ist jetzt so, daß die ersteren die letzteren zu überwiegen beginnen. Es stellt sich nach der Berechnung des Ministers wie 50,3 zu 49,7 Proz. Und da von den indirekten Steuern, die zum Teil Luxussteuern sind, ein ziemlich erheblicher Teil von den Besitzenden bezahlt wird, kann man vielleicht sagen, daß diese gegen zwei Drittel der Steuerlast bezahlen. So weit so gut. Die Sache ist aber damit nicht zu Ende.

Zunächst ist die Einkommensteuer noch recht ungerecht verteilt. Steuerfrei sind alle Einkommen bis zu 3200 M. (160 Pf. Sterl.). Für die höheren Einkommen besteht eine kleine Abstufung darin, daß von Einkommen bis zu 8000 M. 3200 M., von solchen zwischen 8000 und 10000 M. 3000 M., von solchen zwischen 10000 und 12000 M. 2400 M., und von solchen zwischen 12000 und 14000 M. 1400 M. als steuerfrei in Abzug gebracht werden. Sonst aber zahlen alle steuerpflichtigen Einkommen bis zu den allerhöchsten ein und

denselben Steuerfuß. Daß darin viel Ungerechtigkeit liegt, leuchtet auf den ersten Blick ein, und der Klagen in den Reihen der mittleren Einkommensklassen sind darum auch nicht wenige. Zudem ist das eine Sache, an der die Arbeiterschaft nur ein sehr bedingtes Interesse hat.

Anderer ein zweiter Punkt. Wie vorher bemerkt, sollen von dem Fehlbetrag im diesjährigen Staatshaushalt vier Fünftel nicht durch Steuern, sondern auf dem Wege von Anleihen gedeckt werden. Und dies, nachdem schon im Vorjahre eine Anleihe von 1200 Millionen Mark für die Kriegsausgaben aufgenommen worden ist. Diese erste Anleihe war eine Specialanleihe, bei der noch an eine baldige Zurückzahlung oder Einlösung gedacht wurde. Bei der jetzigen aber ist diese Aussicht so wenig vorhanden, daß sie als Teil der konsolidierten Staatsschuld ausgegeben werden wird, an deren Zurückzahlung nur gegangen wird, wenn Ueberschüsse da sind. Der Minister war ehrlich genug, offen heraus zu erklären, unter Bezugnahme auf ein Gutachten des von ihm nach Südafrika entsandten Sachverständigen Sir D. Dartour, daß auch wenn der Krieg in einigen Monaten beendet sein sollte, auf eine Deckung der Kriegskosten von den Boerenstaaten her nicht zu rechnen sei. Aus dem Oranjestaat sei überhaupt, aus dem Transvaal auf Jahre hinaus nichts in Form von einer Kriegsschuldigung herauszuschlagen. Es ist also weder an Zurückzahlung der ersten 1200 Millionen, noch an Zurückzahlung der jetzt geforderten 1200 Millionen zu denken. Mindestens um diese Beträge wird die britische Nationalschuld auf unabsehbare Zeit erhöht. Denn mittlerweile ist auch die bisherige jährliche Abzahlung von der Nationalschuld eingestellt worden.

Das ist ein Umstand von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Wie mit einem Ruck schnellte die Nationalschuld wieder hart an die Höhe heran, die sie nach dem Krimkrieg hatte. Ueber doppelt so viel als dieser Krieg, mehr als die zwei schlimmsten Jahre des Kriegs gegen Napoleon auf der iberischen Halbinsel hat dieser Krieg England schon gekostet. Selbstverständlich wird England daran nicht bankrott gehen, auch wenn er noch eine dritte Anleihe von gleicher Höhe erfordern sollte. In dieser Hinsicht von Ruin zu sprechen, ist lächerliche Uebertreibung. Aber was Tatsache und ernsthaft genug ist, ist dies, daß so auf Jahre hinaus erhebliche Teile des britischen National-einkommens für ganz unproduktive Zwecke festgelegt, verhypothekiert werden. Der Zinsendienst für die Nationalschuld ist auf unabsehbare Zeit um gegen 100 Millionen Mark erhöht worden und dieser Betrag wird für Kulturzwecke des Staats fortan fehlen. Dem Anlage suchenden Kapital sind aber neue Abzugskanäle eröffnet, die es von industriellen Unternehmungen fern halten. Es lohnt sich heute, „Konsole“ zu kaufen. Vor dem Krieg standen sie gegen 114 Proz., bei 2½ Proz. Zins ergab das eine Rente von noch nicht 2½ Proz., und außerdem stand eine weitere Ermäßigung des Zinsfußes in sicherer Aussicht. Heute stehen sie 95 Prozent, da ist es für Leute, die sicher gehen, eine gute Kapitalanlage, Konsole hinzulegen. Das Staatschuldenwesen ist ein aufhaltender Faktor in der sozialen Entwicklung, und vom Standpunkt der Arbeiterklasse muß ihm nach Möglichkeit entgegengeköpft werden. Ein Ricardo z. B. war, obwohl selbst Kapitalist, bereit, Ueber die höchsten Kriegssteuern zu bewilligen, als der Verschleppung von Kriegskosten durch langfristige Anleihen zuzustimmen. Der große Defonon, der ganz und gar nicht der verschworene Anwalt des Kapitals war, für den er so oft beschrien wird, erkannte klar, daß dies ansehnliche Verteilen der Last auf eine längere Zeitfrist ein Verdoppeln und Verdreifachen der Last bedeutet und die wirtschaftliche Energie der Nation schwerer schädigen muß als eine einmalige intensive Anziehung der Steuerfahne. Uebrigens ist zu Ricardos Zeiten, während der napoleonischen Kriege, in der That die Einkommensteuer vorübergehend bis auf zwei Schilling pro Pfund, — d. h. 10 Prozent — erhöht worden, und während der zwei Jahre, die dem Krimkrieg folgten, wurde sie auf 1 Schilling 4 Pence aufs Pfund, d. h. 6½ Prozent, normiert. Bis soweit hat die besitzende Klasse in England also sich immerhin verständlich benommen.

Auch war es im Sinne des hier Ausgeführten, daß Sir Michael Hicks-Beach in seiner Haushaltsrede erklärte, er könne es nicht über sich gewinnen, die Ausbringung des ganzen Fehlbetrags, den der Krieg verursacht habe, durch Anleihen vorzuschlagen, mindestens ein erheblicher Teil müsse sofort durch Steuern gedeckt werden. Es ist jedoch nicht einzusehen, warum dieser Teil nicht bedeutend höher sein soll. So war man, wie das „Daily Chronicle“ schreibt, selbst in der City von London vielerseits darauf gefaßt, noch ein oder zwei Pence mehr Zuschlag auf die Einkommensteuer zahlen zu müssen. Ein Bankier erklärte dem Vertreter des radikalen Blatts, daß er lieber in diese Erhöhung willige als in die Abgabe auf den Kohlenexport. Aber man ist in der Londoner City auch über diese Abgabe nicht sehr aufgeregt, sondern nimmt das Geschrei der Grubenbesitzer und Kohlenvershiffer über sie sehr kühl. Es kennzeichnet das Geschrei, daß der Mann, der die Opposition am lauteften führt, der walliser Kohlenmagnat Thomas, seit Jahren am Zustandekommen eines Kohlenrings in Südwales arbeitet, unter andern mit der Motivierung, daß jetzt die südwaller Kohle dem Ausland zu billig verkauft werde.

Es hat den Anschein, als ob die Kohlenarbeiter sich der Agitation der Grubenbesitzer gegen die Abgabe auf den Kohlen-

export anschließen. Die Sache ist begreiflich und hat im vorliegenden Falle auch wenig auf sich. Die Abgabe ist im besten Fall ein zweischneidiges Auskunftsmitel, und wenn sie fällt und durch eine andre Steuer ersetzt wird, wird niemand in England Grund haben, ihr eine Thräne nachzuweinen. Es ist keine Verletzung des Freihandelsprinzips, der Verschleuderung eines wertvollen und unerfesslichen nationalen Produktionsfaktors, wie es die Kohle ist, von Staats wegen entgegenzuwirken. Aber das könnte und sollte durch andre Mittel geschehen wie durch Zollabgaben. Sonst würde selbst die Zustimmung der Arbeiter zu der Agitation der Grubenbesitzer diese Agitation nicht acceptabler machen. Nur Thomas wollte von Anfang an die Arbeiter an dem geplanten Kohlenring beteiligen, ja, er wollte ihn gerade durch das Mittel der Organisationen der Arbeiter zu Stande bringen. Aber ein Produzentenring bleibt ein Produzentenring, auch wenn die Arbeiter an ihm teilnehmen, und wenn er in irgend einer Weise wider die Interessen der Allgemeinheit auftritt, dann kann ihm diese Beteiligung keine höhere Berechtigung verleihen. So wenig wie eine Kapitalisten-Gruppe hat eine einzelne Arbeitergruppe ein Recht gegen die Allgemeinheit. Soviel principiell über diese jetzige Agitation.

Das Haus der Gemeinen hat den Resolutionen, welche die Anleihe und die beiden Steuern vorschlagen, mit Mehrheit zugestimmt — für die auf die Zucksteuer bezügliche Resolution stimmte sogar ein so entschiedener Freihändler wie John Morley. Aber die Annahme der Resolutionen heißt noch nicht die Annahme der Anträge selbst — sie schiebt nur der Ausbeutung der vom Bekanntwerden des Steuerentwurfs bis zur Endabstimmung geschaffenen Situation einen Kiesel vor. Wie die kapitalistischen Interessenten die Zwischenzeit bis zur Schlussabstimmung zur Agitation gegen die sie bedrohenden Steuern ausnützen, so sind auch die Arbeiter berufen, zu den Vorschlägen des Ministers Stellung zu nehmen. Hoffentlich übersehen sie über der Gegnerschaft gegen einzelne Steuern nicht die notwendige Opposition gegen die Erhöhung der Nationalschuld.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. April.

Der Reichstag.

Bei schlechter Befehung behandelte der Reichstag am Montag die Sacharinfsteuer-Vorlage. Die Vorlage bedeutet wiederum nur eine Liebesgabe, die Herr v. Tziemann nach anfänglichem Widerstreben den Agrariern spendet. Zu Gunsten des Zuckerrings soll eine unbequeme Konkurrenz, die Sacharinfabrikation, wenn nicht gerade totgeschlagen, so doch mindestens den einengendsten Bestimmungen und einer recht hohen Belastung unterworfen werden. Während der Reichs-Schatzsekretär im Februar noch Verkehrsbeschränkungen für das Sacharin und eine hohe Steuer gewissermaßen zur Auswahl für die Regierungen hinstellte, hat er schließlich, wie Herr Hertel wollte, beides gethan, nur um den kartellierten Zuckernarren die Aufrechterhaltung ihrer hohen Preise zu ermöglichen.

Ganz befriedigt freilich hat er die Agrarier immer noch nicht. Graf Kanitz sprach bedauernd von dem „mildesten“ Besch gegen das Sacharin und verlangte eine noch höhere Besteuerung als 80 M. pro Hilo chemisch-reinen Sacharins. Auch die Kontrollvorschriften genügen ihm nicht, und der allerdings sehr bequemen Steuerdefraudation will er durch hohe Strafen vorbeugen. Als sein Ziel bezeichnete er offen die wirksame Bekämpfung der Sacharinfabrikation. Fast noch weiter gingen seine Gefinnungsgegnossen Dr. Koeslke und Dr. Hertel. Ihnen wäre das vollständige Verbot der Sacharinfabrikation am angenehmsten gewesen. Herr Köstke, einer der Hauptstreiter für wucherische Kornzölle, bekam es fertig, sich als Anwalt der Konsumenten und der Arbeiter aufzuspielen. Selbst die zunehmende Kindersterblichkeit wollte er dem Sacharinfabrikat zurechnen, während seine Freunde, die Milchproduzenten, überall Milchringe schloßen, um das notwendige Nahrungsmittel der Säuglinge zu verteuern.

Nicht ganz so weit ging Herr Baasche. Als Anwalt der Zuckerinteressenten verlangte freilich auch er eine Erhöhung des vorgeschlagenen Steuerfußes, aber er war wenigstens bereit, die Verkehrsbeschränkungen etwas zu erleichtern. Daß Herr Baasche in dieser Frage für seine Partei allein das Wort führt, ist ein Anzeichen mehr dafür, wie die agrarische Strömung bei den Nationalliberalen alles überstutet.

Das Centrum verhielt sich viel reservierter. Die Rücksicht auf die Konsumenten veranlaßte Herrn Sped, die Steuer von 80 M. doch vielleicht etwas zu hoch zu finden, eine Bemerkung, die ihm eine sehr schlechte Note bei den Agrariern einbrachte. Er gab auch zu, daß die künstlichen Süßstoffe nicht gesundheitschädlich seien und wollte ihre Konkurrenz gegen den Zucker nur beschränken und nicht unterbinden. Der Sacharinfabrikatverbraucher gerade in den ärmsten katholischen Gegenden ist eine Tatsache, wonit die Partei rechnen muß. Selbst dem Zuckerring widmete Herr Sped einige überflüssige Bemerkungen.

Die Linke erklärte sich in voller Einmütigkeit gegen die Vorlage, die Freiherr v. Tziemann mit Citaten aus einer Wurnschen Rede aus dem Jahre 1898 zu verteidigen suchte. Damals war die Sachlage aber auch eine andre. Das

zuckerische Treiben des Zuckerrings hat die Zuckerpreise in die Höhe getrieben, und wir haben keinen Anlaß, den Versuch mitzumachen, den Zuckerbaronen die Ausbeutung der Konsumenten durch Erdrückung einer von ihnen gefürchteten Konkurrenz zu erleichtern. In einer sachkundigen Rede wies Wurm treffend nach, daß es sich hier wieder nur um eine Reichsunterstützung für die notleidenden Zuckerbarone handle. Wohl erklärten wir uns gegen eine betrügerische Verwendung des Sacharins in der Nahrungsmittel-Fabrikation, aber hierzu würde ein scharf durchgeführter Deklarationszwang vollaus genügen.

Ähnlich äußerten sich die Herren Eichhoff und Schrader. Schließlich wurde die Vorlage an eine vom Centrum beantragte Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen. Dienstag steht die Novelle zur Branntweinsteuer auf der Tagesordnung.

Die Vierfische.

Die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg.“ erklärt zu den Betrachtungen in der Presse über die wahrscheinliche Wiederaufnahme des Planes der Vierfischer-Erhöhung seitens der Regierung:

„In verschiedenen Tagesblättern ist davon die Rede, daß zur Deduktion der im Reich bevorstehenden Steigerung der Haushaltsbedürfnisse die Erhöhung der norddeutschen Vierfischer geplant werde. Dem gegenüber ist zu bemerken, daß eine Veranlagung oder gar Verbilligung unter den verbündeten Regierungen darüber, in welcher Weise der schon für das nächste Etatsjahr zu erwartende beträchtliche Mehrbedarf im Reichshaushalt zu beschaffen wäre, noch nicht stattgefunden hat. Die in dieser Beziehung umlaufenden Gerüchte über Steuerprojekte entbehren somit der Begründung.“

Die Ablehnung bestätigt alles, was abgelehnt wird. Die „verbündeten Regierungen“ haben noch nicht beraten, aber daß der Plan innerhalb der Reichsregierung besteht, wird nicht dementiert und kann nicht dementiert werden. Vielmehr verstärkt die Erklärung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ die Gewissheit des Kommens der Vierfischer. Sie kündigt mit besonderer Betonung den für das nächste Etatsjahr zu erwartenden beträchtlichen Mehrbedarf an. Da ist es geradezu zweifellos, daß zur Befriedigung dieses Mehrbedarfs zunächst die so oft schon von der Regierung vorgeschlagene einträgliche Vierfischer-Erhöhung wiederum gefordert werden wird. Zunächst! Denn auch eine sehr kräftige Erhöhung der Vierfischer wird den ungemessenen Ansprüchen der militärischen und maritimen Weltwirtschaftspolitik keineswegs genügen. Man wird nach weiteren indirekten, volkswirtschaftlichen Steuern trachten, auch das Tabakmonopol erscheint am Steuerhorizont.

Die „Germania“ benutzt den Ablehnungsversuch des offiziellen Blattes nicht zu einer Abgabe gegen neue Steuerentwürfe, sondern zu der denkbar-mangelhaftesten Verherrlichung der steuerpolitischen Einsicht des Centrums und seines obersten Steuerprojekt-machers Müller-Gulda. Sie sagt:

„Im übrigen ergibt sich auch hier wieder, wie das Centrum und wie insbesondere der Abgeordnete Müller-Gulda die Finanzlage des Reichs schon seit Jahren richtig eingeschätzt und demgemäß eine positive Regelung der Decksungsfrage bei der letzten Marinevorlage unbedingt verlagert haben, während die Regierung und die Parteiparteien die Finanzlage als eine rosige betrachteten und sich lange gegen „Steuern auf Vorrat“ mit Händen und Füßen sträubten.“

Ein st. bekämpfte das Centrum eine Militär- und Marinepolitik, die weit geringere finanzielle Ansprüche stellte als die jetzige. Jetzt ist es das Centrum hoher Ruhmestitel, die durch seine Militär- und Marinebewilligungen entstandene Ungunst der Finanzen richtig erkannt und neue Steuern vorgeschlagen zu haben.

Wie denkt denn aber die „Germania“ über die Erhöhung der Vierfischer? —

Ministerantworten.

Die Ministerkandidatur des Herrn v. Siemens beschäftigt die konservativen Kreise andauernd. Nachdem früher bereits die „Kreuz-Zeitung“ ihre Befürchtung eines freisinnig-freihändlerischen Finanzministers geäußert hat, erörtert jetzt auch die „Post“ die Frage: „Sind freisinnige regierungsfähig?“

Zwar erklärt die „Post“ die Erörterungen der Presse über die Möglichkeit eines Ministers Siemens „für eine ziemlich müßige Sache“, befaßt sich aber alsbald recht ernsthaft und eingehend mit dieser müßigen Sache. Die Konservativen, so sicher sie sich in ihrer politischen Macht wissen, glauben offenbar mit der Möglichkeit rechnen zu müssen, daß ein schneller Entschluß des Kaisers ihnen eines Tages wirklich einen freisinnigen Minister ins Nest setzen könnte.

Die „Post“ behandelt diese Zukunftsmöglichkeit mit der größten Ruhe, die in vernünftigen Gegenstand steht zu dem Freudenlärm, den freisinnige Organe ob der Aussicht der Ministerkandidatur eines der Ihrigen erheben.

„Sollte Herr von Siemens wirklich einmal Minister werden, dann wird sein persönlicher Liberalismus kaum eine Umkehr unserer gesamten inneren Politik herbeiführen. Der preussische Staat ist politisch und wirtschaftspolitisch auf die konservativen Grundzüge zugeschnitten. Selbst Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre, als der Liberalismus in seiner höchsten Blüte stand, war er nicht im Stande, sich einen maßgebenden Einfluß zu erobern. Im wesentlichen ist er doch in seiner Oppositionsstellung verblieben, die von Anfang an sein Merkmal war. Alle diejenigen Parteien, die zu dem Schutz der nationalen Arbeit eine ablehnende Stellung einnehmen und das freie Spiel der internationalen Kräfte wollen, können nicht als regierungsfähig angesehen werden, um so weniger, als die langsam sich vorbereitende Zollunion Englands die letzte Stütze der Freihandelspolitik beseitigt und selbst widerstrebende Nationen zu einer zweimähtigen Schutzollpolitik geradezu nötigen wird. Unter diesen Umständen kann der Freisinn nicht als regierungsfähig gelten. Sollte Herr Dr. v. Siemens wirklich einmal Minister werden, dann wird er als Ratgeber der Krone eben ein anderer sein, als der Politiker des Parlaments. Das Volk bildet sich heute sein Urteil über die nationalen und sozialen Erfordernisse selbst und da die Mehrheit sich für den Schutz der nationalen Arbeit entschieden hat, so würde es für den Gang der Dinge wenig entscheidend sein, wenn einmal ein freisinniger Mann in einem im übrigen von konservativen Anschauungen getragenen Ministerium ein Portefeuille erhalten sollte.“

Von der Lächerlichkeit abgesehen, daß „das Volk“ sich für den konservativen „Schutz der nationalen Arbeit“, d. h. die Schutzollnische Protectorspolitik entschieden habe, hat die „Post“ durchaus recht. Ein Freisinniger kann heute nur Minister werden, indem er den Freisinn ablegt. Die freisinnige Vereinigung hat schon um der fernsten Hoffnung der Regierungsfähigkeit willen sich von allem ernsthaften Freisinn losgesagt und sich dem eitelsten Militär-, Marine- und China-Eifer ergeben. Minister Siemens wäre für den Freisinn verloren, wie Minister Riquel für den Nationalliberalismus verloren war.

Die Reizung des Monarchen kann auch die Ueberraschung mit einem freisinnigen Minister bringen, aber sie kann das konservative Wesen des preussischen Staats nicht austrotten. Um dieses zu erreichen, müßte eine That geschehen: die gründliche Reform des preussischen Dreiklassen-Parlamentes. Ein freisinniger Finanzminister im preussischen Junkerparlament hört auf, freisinnige Politik zu treiben, oder seine Ministerkandidatur dauert nicht länger als 24 Stunden.

Das weiß die „Post“ und darum kann ihr die Unannehmlichkeit eines Ministers Siemens keinen ersten Nummer bereiten.

Vielleicht ist Herr v. J. J. J., der Hauptling der Hochschützöler und Kanalrebell, Verfasser des „Post“-Artikels. Es liegt in unsern Tagen nicht außer dem Bereich des Möglichen, Herrn v. Siemens und Herrn v. J. J. J. als Ministerkollegen zu finden. Wenn Herr v. Siemens dem Freisinn Salet sagt, warum soll nicht Herr v. J. J. der Kanalrebell entlassen, um für den verlorenen Präsidentenstuhl in der Seehandlung ein Ministerpostefeuille einzutauschen? —

Werden sie schlafen?

Allerlei Wetterzeichen deuten darauf hin, daß der Kaiser in der That neuerlich seine Meinung ausgesprochen habe, er beabsichtige ernsthaft, in der Kanalvorlage seinen unbeugsamen Willen durchzusetzen. In der Münchener „Allgemeinen Zeitung“ gab kürzlich ein Votum-Offiziosus das Stichwort aus: Es genüge jetzt nicht mehr, den Mund zu spülen, die Konservativen müßten pfeifen. Am Sonntagabend ließ in der Kanalkommission des Abgeordnetenhauses der bisherige Organisator der Regierungsniederlagen, Herr v. J. J. J., plötzlich die finanziellen Bedenken gegen den Mittelland-Kanal fallen, und Herr v. Riquel sprach mit einem auffälligen Mangel an zweideutigen Wendungen äußerlich recht energisch für den Kanal.

Am Montag ging Herr v. J. J. J. in der Kanalkommission noch einen Schritt weiter. Er erklärte es zwar für zweifellos, daß der Entwurf so, wie er vorgelegt sei, keine Annahme finden könne, aber er schlug als Brücke über den Kanal ein regelrechtes Kompromiß vor. Möglich ist auch eine enge Verbindung zwischen der wasserwirtschaftlichen Vorlage mit der Tarifermäßigung, so daß das Ganze ein verkehrspolitisches Programm bilde von einer gewissen Elastizität. Dann könnte in jedem Jahre das ausgeführt werden, was nach den finanziellen Verhältnissen möglich sei.

Also ein Kanalprogramm nach Art der Flottenvorlage! Auch dieses scheinbare Entgegenkommen ist freilich nur ein neues Mittel der alten Verleppungspolitik. Man will sich nicht binden und alle Bestimmtheiten der Zukunft vorbehalten, um erst einmal einen bestimmten Posten in Händen zu halten.

Der Eisenbahnminister Herr v. T. h. i. e. l. e. n. nahm seinerseits das Angebot des Herrn v. J. J. J. an, sondern verführte, für die Staatsregierung sei der Mittellandkanal das wichtigste Stück; er widersprach auch einer Verleppung der Kanalfrage mit der Tarifbestimmung.

Sogar die Nationalliberalen wurden plötzlich tapfer und ließen durch den Abg. v. S. h. n. e. r. n. den heldenmütigen Schwur ablegen, sein Abgeordneter aus dem Industriebezirk des Westens werde im Reichstag für den erhöhten Getreidezoll stimmen, sofern die Konservativen nicht vorher den Kanal geschluckt hätten. Wenn sogar die Nationalliberalen tapfer werden und sich zu Drohungen aufschwingen, so möchte man allerdings fast meinen, daß die Regierung in der That Wert darauf lege, inmitten des freiesinnigen Flottens und Flottenpolitik ihren Namen auch an die Schöpfung eines Kulturwerks zu knüpfen. Auch die „Norddeutsche Allg. Zeitung“ schleppt neuerdings wieder eifrig Material zu Gunsten des Mittelland-Kanals herbei.

Die Konservativen und Agrarier verhalten sich denn auch jetzt ziemlich kleinlaut. Damit ist aber nichts gesagt über den endlichen Ausgang dieser grotesken Intermedien, die mehr zur Verstärkung der Autorität beigetragen hat als irgend eine andere Macht. Das alte Preußen des ostelbischen Agrariertums ist im verzweifeltsten Zustand gegen die Krone begriffen. Und wenn man jetzt offenbar eingeschlagen hat, daß es nicht richtig sei, allzu trotzig und lärmend den offenen Krieg zu führen, so wird man dafür um so energischer den Kleinkrieg der Coulisentinte fortzuführen, und wir wenigstens mögen noch immer nicht daran glauben, daß es den Rebellen nicht abermals gelingen wird, mit der Regierung des Großen Willens fertig zu werden und den Junkerwillen als oberstes Gesetz im Deutschen Reich wiederum zu proklamieren. —

Deutsches Reich.

Ein agrarischer Reptilienfonds.

Vor einigen Tagen brachte die „Frankf. Ztg.“ die interessante Mitteilung, der neueste Reptilienfonds des Centrums für Brotverteuerung, Herr Dr. K. u. l. a. n. d., habe anfangs der neunziger Jahre einem süddeutschen sozialdemokratischen Blatte für die Aufnahme von Schutzoll-Artikeln Geld angeboten. Daraufhin ließ Herr K. u. l. a. n. d. dem Frankfurter Blatt folgende Verichtigung zugehen:

„1. Es ist unwahr, daß ich Mitte der 90er Jahre Verbindung mit einem sozialdemokratischen Blatte gesucht habe. 2. Es ist unwahr, daß ich einem solchen Blatte jemals das Anerbieten gemacht, für Aufnahme von Schutzoll-Artikeln jede beliebige Summe Geldes zur Verfügung zu stellen. 3. Es ist eben darum auch unwahr, daß ein sozialdemokratisches Blatt auf ein solches Anerbieten von mir nicht eingegangen wäre.“

Dazu bemerkt unser Münchener Partei-Organ:

Herr Dr. K. u. l. a. n. d. scheint ein sehr kurzes Gedächtnis zu haben. Um seinem schwachen Erinnerungsvermögen etwas zu Hilfe zu kommen, erklären wir, daß Herr Dr. K. u. l. a. n. d. nicht nur im Jahre 1894 dem Verwalter der „Münchener Post“ ein derartiges Anerbieten gemacht, sondern daß er sich auch in späterer Zeit anderen Persönlichkeiten gegenüber in ähnlicher Weise geäußert hat.“

Wir können dem noch hinzufügen, daß bei jener Gelegenheit Herr Dr. K. u. l. a. n. d. auch die besonders merkwürdige Quelle andeutete, aus der unsern Parteiblatt „jede beliebige Summe“ zugehen sollte, falls man auf die agrarische Rummung eingehen würde.

Der Fall ist übrigens auch deshalb interessant, weil aus ihm hervorgeht, welchen Wert unsere Gegner darauf legen, mit belehrten oder gemauserten Sozialdemokraten prunken zu können. Sie wollen sich sogar die Herstellung künstlicher Mäuser etwas kosten lassen. —

Ein Verhaftbefehl gegen den Grafen Pückler hat, wie uns aus Dresden telegraphiert wird, die Dresdener Straßammer erlassen. Der edle Reichsgraf sollte sich am Montag in Dresden wegen Aufreizung verantworten, war aber zu dem Termin nicht erschienen, daher der Verhaftbefehl.

In Sachsen gelangt es vielleicht sogar dem Grafen Pückler, ein Märtyrer zu werden. —

Die Einseitigkeit der Junker. Die Aufforderung des Bundes der Landwirte an die bayerischen Bauernbündler, die Einseitigkeit der konservativen Junker zu spielen, erregt unter den Einzupreisenden schmerzlichen Widerspruch. Die „Konf. Rev.“ sagt zu der betreffenden Mitteilung: „Wir nehmen von dieser unglaublichen Auslassung nur Notiz, um zu einem Dementi Gelegenheit zu geben.“ —

Ordnungliche Sanjag - Kultur. Aus einem Artikel der „Deutschen Jäger-Zeitung“, in dem H. G. Nothe über Sanjagden sein sachkundiges Herz ausschüttet, steht die „Welt am Montag“ die folgenden Sätze heraus:

„Zwei Treiber, denen die Sache anfangs langweilig zu werden, waren gegen meinen ausdrücklichen strengsten Befehl auf eigene Faust in das Dildit bereits hineingekrochen; ich konnte sie indessen grade noch, wenn auch mit genauer Not, zurückbringen, bevor sie alles verderben, prügeln sie nun in ordnunglicher Weise durch und schickte sie zu ihren Kameraden, wo sie sich nicht abgeben, nachdem sie sich bei mir bedankt hatten. Die Leute da oben im Nordosten haben vernünftigeren Ansichten, als ihre Landsleute im Westen.“

Da hat Herr Oetel endlich einen Mann gefunden, der seine Prügellust teilt. Die Leute da „oben im Nordosten“ scheinen noch mehr Gefühl für die Ideale des Bundes der Landwirte zu haben als die Westeuropäer. —

Schauerbare Anarchistengeschichten über ein in Amerika angezettelt Komplotz gegen den Kaiser kolportieren einzelne Blätter. Der Roman ist nach dem Vorbild des Alexandrinski'schen Bombenschwindels erzählt.

Es scheint, daß die „Post“ die eiserne Fackel des Bremer Epileptikers doch nicht für zugängig hält. Sie will jetzt, wie einst Friedrich Wilhelm IV., es hat, dem Publikum das Schauspiel einer endlosen regelrechten Verwirrung bieten, um allerlei dunkle Pläne auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege zu fördern. —

Die Hofkuchensburg. Wilhelm II. bezieht für die in seinem Besitz befindliche, aus allgemeinen Mitteln zum Ausbau gelangende Hofkuchensburg fortgesetzt ein lebhaftes Interesse. Auf eine Mitteilung des „Ausbauers“, des Architekten Ehardt, hat der Kaiser die folgende Antwort erteilt:

„Mit hoher Freude vernehme ich Ihre Kunde, ich lege die feste Zuversicht zu Ihrer bewährten und gewissenhaften Arbeitskraft, daß Sie mir dazu verhelfen werden, einen des Deutschen Reichs würdigen Wiederaufbau der herrlichen Burg durchzuführen, der uns, den Zeitgenossen des 20. Jahrhunderts, zeigen wird, wie die Vorväter einst gebaut und ihr Heim eingerichtet haben. Möge der Bau in seiner getreuen Nachbildung des Alten allen Besuchern und dem schönen Reichslande eine Quelle steter, stolzer Freude sein und die Erinnerung fähren an die großen Geschlechter, welche dort einst die Blüte deutscher Kultur und deutscher Ritterkraft gepflegt.“

gez. Wilhelm, R.“

Eine verbotene Vereinsvorstellung. Aus Kiel wird uns berichtet: Nachdem in der Reichsmarinestadt, die zwei Polizeibehörden hat, eine staatliche und eine städtische, sich erstere schon wiederholt durch Aufführungsverbote von Theaterstücken und nicht weniger durch Nichtverbote bewährt hat, befaßt sich die städtische Behörde (Bürgermeister Voreh), dem guten Beispiel des v. Puttkammer-Kommunis zu folgen. Sie hat dem Verein „Arbeiterbund“ die bereits mit erheblichem Eifer vorbereitete Aufführung von Gerhart Hauptmanns „Weber“ verboten. Ihr Verbot begründet sie damit, daß sie die lediglich für Vereinsmitglieder geplante Vorstellung als eine gewerbliche und konzessionspflichtige Theaterunternehmung darstellt. Dem Will von Friedrichs-Etablissement, das für die Aufführung anderseits war, wurde ausdrücklich eine Strafe von 150 M. angedroht, falls er sein Verbot zu einer solchen unstatthafter Veranlassung hergeben würde. Dadurch ist die vom Kieler Liberalismus, der einmal wieder Farbe bekannnt hat, bevormundete Arbeiterkraft um einen Kunstgenuss gebracht worden, und das am Schluß der Saison aus dem Verbanne des herrlich schlecht geleiteten, aber subventionierten Stadt-Theaters aussehende Schauspiel-Verbanne um die willkommenen Gelegenheit, sich endlich einmal mit der Aufführung einer bedeutenden Dichtung als tüchtiges Ensemble zu erweisen. Thatsächlich hat das Verbot der Oberbürgermeister Füh unser liberalen Stadtbehörde diktirt. Anlässlich war die Aufführung der „Weber“ im „Schiller-Theater“ geplant. Dem Direktor dieses nichtsubventionierten Kunsttheaters wurde jedoch vom königl. Polizeipräsidenten, Herrn v. Puttkammer, bedeutet, daß er die Aufführung als eine Demonstration gegen den Kaiser auffassen würde. Darum hat das „Schiller-Theater“ davon abgesehen, dem „Arbeiterbund“ seine Bühne zur Verfügung zu stellen. Herr von Puttkammer's Auffassung mag Herrn Bürgermeister Voreh zu Ohren gekommen sein. Vermutlich wird durch die Wahrung der städtischen Polizeibehörde auch die auf den 11. Mai festgesetzte akademische Aufführung des „Agamemnon von Schylos“ in Frage gestellt. Allerdings geht diese Veranstaltung nicht „bloß“ von Arbeitern aus. An der Spitze des geschäftsführenden Ausschusses steht sogar der Oberbürgermeister Füh. Sollte es da etwa anders kommen? Wir werden ja sehen. —

Aus dem Großherzogtum Sachsen-Weimar. (Fig. Ber.) An Stelle des orthodoxen Kultusministers v. Pawel, der kürzlich ganz unerwartet seine Stellung aufgab, übernimmt am 22. April der liberalen Anschauungen huldigende Staatsminister Nothe nunmehr die Leitung dieses Ressorts, während als Chef des Finanzministeriums der Staatsrat Hummel ernannt wurde. Hans Luge v. Wurm bleibt dem Lande als Minister des Aeußern und Innern noch erhalten. —

Aus Ostpreußen. (Fig. Ber.) Die massenhafte Beschäftigung russisch-polnischer Arbeiter führt zu einer bedeutenden Verschlechterung der gesundheitlichen Verhältnisse auf dem Lande. Der Landrat des Kreises Königsberg macht bekannt:

„Eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die Verbreitung der Granulose (Augenkrankheit) sind die polnisch-russischen Arbeiter. Unter fünfzig derselben ist z. B. im vorigen Jahre an einem Orte gelegentlich der vorgeschriebenen Impfung bei sechs, das ist mehr als 10 Proz., schwere Granulose angetroffen.“

Der Landrat erlucht die Kräfte, welche Impfungen an polnisch-russischen Arbeitern vornehmen, auf das einzige Vorhandensein der Granulose zu achten und gegebenenfalls den Amtsvorstehern Mitteilung zu machen.

In jedem Jahre kommen Bodenerkrankungen bei eingeführten russischen Arbeitern vor oder von denselben angestrichene Leute erkranken. Den Agrariern ist also ganz genau bekannt, welche Gefahr damit verbunden ist, wenn sie immer größere Scharen der fremden Arbeiter ins Land holen. Um der Einschleppung von Seuchen vorzubeugen, ist die Viecheinuhr nahezu gänzlich verboten. Das hat den Vorteil, daß die Viehpresse gestiegen sind. Die massenhafte Einführung von Arbeitern ermächtigt es, die Löhne niedrig zu halten. Auf ein paar eingeschleppte Krankheiten kommt es nicht an. Die Ochsen und Schweine bleiben ja gesund.

Ausland.

Italienische Chronik.

Rom, im April.

Trotz der endlosen, in trostloser Langeweile gähnenben Telegramme der „Agenzia Stefani“ hat das wahre Volk Italiens, das Proletariat, sich vertenfelt wenig um das offizielle Jddl gekümmert, das sich unter Kanonendonner und mit der herbeiziehenden Staffage ergumelter schwerer Hochsee-Panzer zu Tausen zwischen der italienischen und französischen Bourgeoisie abspielte. Das italienische Proletariat hatte seinerseits bereits ohne jeden Vorbehalt und ohne nur den leisesten Unterton einer Dissonanz mit den vom französischen Kapitalismus Gebildeten seine Alliance bei Gelegenheit des Streiks von Marseille geschlossen. Und diese Alliance existiert und wird immer existieren, trotz aller offiziellen Meinungsverschiedenheiten der hohen Diplomatie.

Jeder Akt unserer Bourgeoisie ist viel zu durchsichtig, egoistisch, als daß das Proletariat hinteres Licht geführt werden könnte. Wenn diese Thatsache überhaupt noch des Beweises bedürfte, so haben die letzten Kammerverhandlungen denselben erbracht, wie er schlagender nicht gedacht werden kann.

Diese drei Verhandlungen warfen der Bourgeoisie und dreu Hört, dem Militarismus, fette Millionen ab. Querst kamen die

Schiffindustrie an die Reihe, die in drohender Nähe den Verlust vor Augen haben, der ihnen erwachsen wäre, wenn der Staat die Prämien für den Bau von Handelschiffen beseitigt hätte. Die Prämie in Höhe von 8 Millionen jährlich wurde zwar weiterhin gewährt, aber es zeigte sich bei der Diskussion eine recht starke antiprotektionistische Strömung, sowohl auf den Wänden der äußersten Rechten, wie der äußersten Linken.

Der gegenwärtige Minister des Meeres, ehemals Abgeordneter der Rechten, wies nach, daß die Prämien nicht zum Nutzen der Industrie dienen, sondern nur den Industriellen die Taschen füllten, die, je größer sie seien, desto mehr einsteckten. An die Schiffindustrie reichten sich die Großgrundbesitzer, die sich in ihren Ständesinteressen durch einen sozialistischen Antrag bedroht sahen und fürchten mußten, sich der 200 Millionen jährlich beraubt zu sehen, die sie durch Hungerlohn — 7,50 Lire pro Doppelzentner eingeführten Getreides — bisher als gute Beute eingefassten hatten.

Auch in dieser gründlichen und erschöpfenden Verhandlung mußten die Konservativen höchstselbst einräumen, daß theoretisch der Getreidezoll schon verurteilt sei, aber — man mühte ihn noch aufrecht erhalten, um einer Agrarkrise vorzubeugen, und weil — wie der Abgeordnete Maggiorini Ferrarini, Herausgeber der „Nuova Antologia“ sagte — die Sozialdemokratie mit jenem Antrag die Tendenz verfolgte, den Völkern zu schwächen, um ihn dann sozialisieren zu können! Die Sozialisten werden alles aufbieten, um wenigstens durchzusetzen, daß für den nächsten Winter der Zoll erniedrigt werde.

Schließlich wollten natürlich die Militäristen auch noch ihren Vorden erheben. Sie verlangten und erhielten ein Extra-Ordinarium von 145 Millionen, das auf ein Sechseckmal zu verteilen sei, um das Artilleriematerial zu modernisieren und dergleichen mehr.

Der Kampf auf diesem Terrain wurde von sozialistischer Seite durch die Abgeordneten Ferri und Cicotti aufs nachdrücklichste geführt, und es ist bemerkenswert, daß im Gegensatz zu früheren Jahren die gesamte Kammer diesmal einstimmig die Kontingenz anerkannte, das auf 349 Millionen festgesetzte Budget nicht zu überschreiten, und niemand eine Erhöhung des Militär-Ordinariums forderte.

In kurzem wird die Kammer zusammentreten, um über den von einem Abgeordneten der Linken gestellten Antrag einer jährlichen Entscheidung an die Abgeordneten und über die von den sozialistischen Deputierten Venturi und Verciani angeregte Frage der Abschaffung der Debatte zu entscheiden. Die sozialdemokratische Fraktion wird außerdem eine Gesetzentwurf betreffend den Schutz von Kindern und Frauen hauptsächlich während der Schwangerschafts- und Geburtsperiode der letzteren einbringen.

Dänemark.

Beamtenmaßregelung. Die Niederlage, die die Regierung bei den Wahlen erlitten hat, hält den Verkehrsminister Paul Rosenfeld nicht ab, oppositionelle Eisenbahn-Angestellte zu maßregeln. Wie wir seiner Zeit mitteilten, hat er vor den Wahlen der Bademeister Wederfeld zur Strafe für seine Kandidatur von Kopenhagen nach einer kleinen Station versetzt. Nun hat er den Assistenz-Obersten, weil er bei den Wahlen für einen radikalen Kandidaten eingetreten ist, von Kopenhagen nach einer kleinen jütischen Station versetzt. Während der Wahlbewegung ließ der Minister dem Obersten die Mitteilung zugehen, daß er, falls er als „Steller“ oder Agitator für einen Oppositionskandidaten auftritt, versetzt würde. Wenn er aber jemand etwas davon sage, daß er nicht aus eigenem Laibgefühl von seiner Agitation zurücktrete, werde er seinen Abschied erhalten. Obersten ließ sich dadurch nicht von seiner Agitation abhalten und veröffentlichte zudem noch das Schreiben des Ministers. Um seine Drohung wahr zu machen, hätte dieser ihn eigentlich verabschieden müssen, er begnügte sich jedoch mit seiner Versetzung.

Oesterreich-Ungarn.

Rundgebungen gegen das zarische Knutenregiment. Eine öffentliche Versammlung, die auf Anregung der christlichen sozialistischen Studenten in Prag vor einigen Tagen mit dem Genossen Dazhinski als Redner stattfand, wurde polizeilich verboten. Die Studentenschaft wählte, da ihr die Möglichkeit genommen war, öffentlich ihre Sympathie für die russischen Kämpfer zu bekunden, den Weg einer vertraulichen Zusammenkunft, welche überaus stark besucht war und eine Sympathieumgebung für die Opfer der russischen Knute annahm.

Eine andre, auf den Sonntag anberaumte sozialistische Versammlung wurde polizeilich aufgesperrt, weil Dazhinski den Jaren und die russische Regierung heftig angriff. Die russische Polizeicensur herrscht also auch in Oesterreich!

England.

Der südafrikanische Kassenhammer. Die Londoner Blätter kommentieren noch immer an erster Stelle die jüngst getroffenen Finanzmaße. „Daily Telegraph“ deutet auf die heftige Opposition hin, welche die neuen Steuern im ganzen Lande hervorgerufen. In sieben Städten und ganz besonders in London werden Meetings organisiert, um gegen die Ausfuhrsteuer für Kohlen zu protestieren. Die Opposition gegen die Zuckersteuer ist weniger stark. „Daily Mail“ protestiert gegen den Vorwurf des Gesetzes über die Einkommensteuer, welche das Blatt für ungerecht hält.

Die neue Anleihe. Der am Sonnabend veröffentlichte Prospekt für die neue Anleihe läßt zu Subskriptionen auf Konfols in der Höhe von 30 Millionen Pfund Sterling ein zum Emissionspreis von 94 1/2 und zu einem Zinssatz von 2 1/2 Proz. bis zum 5. April 1908, von da ab von 2 1/2 Proz. Die Anleihe steht auf der gleichen Stufe wie die bereits vorhandenen Konfols und ist vor 1923 nicht rückzahlbar. Der Prospekt teilt ferner mit, daß von der gesamten Anleihe in Höhe von 60 Millionen Pfund Sterling 30 Millionen Pfund bereits untergebracht seien.

Dem „Daily Telegraph“ wird aus New York gemeldet: Werpont Morgan gibt bekannt, daß Abmachungen getroffen worden sind, um in Amerika Zeichnungen auf die Hälfte der neuen englischen Anleihe von 60 Millionen Pfund entgegenzunehmen.

Ermordete englische Missionare. Eingeborene ermordeten zwei englische Missionare am Fly River in Neu-Guinea.

Frankreich.

Gegen die zweijährige Dienstzeit. Der Präsident des Armee-Ausschusses der Kammer, der frühere Minister Kraus, hielt gestern in Nancy einen Vortrag über die Verringerung der Militärdienstzeit und erklärte u. a., falls die zweijährige Militärdienstzeit oder darauf vorbereitende Maßnahmen eingeführt werden sollten, würde Frankreich überhaupt keine Armee, sondern nur eine Miliz haben, welche auf der gleichen Stufe stünde, wie die einstige Nationalgarde.

Spanien.

Eine antikerikale Versammlung fand am Sonntag in Madrid statt. Das Versammlungslokal war überfüllt. Viele Frauen waren anwesend. In den Reden, welche gehalten wurden, zog man gegen den Merkantilismus zu Felde und verlangte Trennung der Kirche vom Staat und Losen der Kirche. Man behauptete, der Merkantilismus sei schuldig an dem Niedergang Spaniens und forderte die Verrückung der Kongregationen.

Afrika.

Zu Ruheführungen kam es am Sonntag in Ägypten. Als nach dem Empfang des eingetroffenen Generalgouverneurs Jomart der Matre Régis sich in die Mairie begeben hatte, verlangte eine Wollmenge unter lärmenden Schreien, ihn zu sehen. Régis erschien auf dem Balkon. In dem Gedränge kam es zu Schlägen; zwei Personen wurden durch Stockschläge verwundet, mehrere Ruheführer wurden festgenommen. Gegen 5 Uhr zogen Scharen junger Leute

nach den Bädern der Juden, die sich alsbald genötigt sahen, sie zu schließen. Sodann begaben sie sich nach dem Volkshaus, der Versammlungsstätte der Philosophen. Die Antisemiten warfen mit Steinen die Scheufen des Volkshauses ein, dessen Insassen mit Revolvergeschüssen antworteten. Eine Person wurde schwer verwundet. Die Gendarmerie zerstreute die Menge.

Amerika.

Das neugebildete chilenische Kabinett ist folgendermaßen zusammengesetzt:

Premierminister ist Zanartu, Minister des Auswärtigen Luco, Finanzminister Rodriguez, Kriegsminister General Palacios.

Der Boeren-Krieg.

Die Operationen des Generals French

haben allem Anschein nach den erwarteten Erfolg nicht gehabt. Ein Telegramm des „Times“ aus Pretoria besagt: Das Hauptquartier des Generals French ist vom Osten Transvaals nach Johannesburg zurückgekehrt und berichtet, daß im Osten unter den Boeren dieselbe Hoffnungslosigkeit herrsche, wie überall, daß aber die Macht der sogenannten Regierung eine persönliche Aktion nicht zulasse. French muß wegen eines leichten Unwohlseins kurze Zeit der Ruhe pflegen.

French ist also nach Johannesburg zurückgekehrt, um wegen eines Unwohlseins der Ruhe zu pflegen. Zugleich hat er aber auch die Leitung seiner Truppen nach Johannesburg zurückverlegt, so daß die englischen Operationen im östlichen Transvaal bis auf weiteres eingestellt sind. Aber keineswegs deshalb, weil das östliche Transvaal völlig pacifiziert sei. Die Boeren haben dort angeblich — ebenso wie sonst allerorten! — alle Hoffnung aufgegeben, aber sie leisten der Boerenregierung trotzdem noch allen Vorstoß, weil deren Macht noch zu groß ist! Welch ein komischer Widerspruch! French war ja gerade ausgesucht, um im Osten Transvaals diese Macht entgültig zu brechen. Die wirklichen englischen Erfolge entsprechen also dem phantastischen, veränderten, freigelegten Vorbringen der englischen Presse keineswegs. Auch heute wieder meldet Kitchener aus Pretoria: Seit der letzten Meldung haben unsere Truppen 242 Gefangene gemacht, 248 Gewehre, einige Munition sowie Wagen und Karren erbeutet. Eine Anzahl Boeren ergaben sich freiwillig.

Die Boeren, die sich freiwillig ergeben haben, werden wohl ebenso wie die meisten der übrigen Gefangenen Invaliden, Greise oder Kinder sein. Die erbeuteten Gewehre werden wohl nur zum persönlichen Schutz der von den Männern verlassenen Farmen genützt werden.

Die tägliche Verlustliste

umfaßt für den 20. April sieben Tote, zehn Verwundete, sechs Vermisste, 18 in Freiheit gefasste Gefangene und 12 Mann, die früher als vermisst bezeichnet wurden, die aber in Gefangenschaft gefasst worden sind, sowie zwei Deserteure und 20 an Krankheiten Verstorbene.

Das Kriegsamt teilt mit, daß eine Anzahl Compagnien der freiwilligen Genie- und Infanterietruppen demnächst nach England zurückkehren werden. Gestern sind in Southampton 1083 Boerens aus Südafrika eingetroffen.

Die Pest.

Aus Kapstadt wird gemeldet: 13 neue Pestfälle, darunter sieben an Europäern, sind gestern festgestellt worden. Drei Leichen von solchen Personen wurden gefunden, deren Erkrankung der Behörde nicht angezeigt war. Seit Beginn der Epidemie sind 456 Personen erkrankt und 185 gestorben.

Kapstadt, 21. April. Der Bruder des früheren Ministers Sauer, einer der zur Zeit in England sich aufhaltenden Südafrikaner-Deputierten, wurde überfahren, als Leiter an der Kaprebellion teilgenommen zu haben; der Urteilspruch über ihn wurde aufgeschoben.

Partei-Nachrichten.

Eine Niederlage erlitt bei der Nachwahl zum Lippischen Landtag in Detmold der Genosse Domscheit. Wie uns eine Privatbesprechung aus Detmold anzeigt, erhielt sein Gegner Kemmann-Hofer (parteilos) nur 7 Stimmen mehr.

Der Mai-Festzug, den unsere Magdeburger Parteigenossen geplant hatten, ist — wie zu erwarten — von der dortigen Polizeibehörde verboten worden. Es sei „aus der Abhaltung des Aufzugs Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu befürchten“. Na also!

Politikalisches, Gerichtliches usw.

— In Posen wird demnächst gegen Genossen Dr. Rosa Zugem-burg und gegen den Genossen Gogowski wegen Beleidigung des Kultusministers verhandelt werden. Die Beleidigung wird in einer von Frau Zugem-burg verfassten und im Verlage von Gogowski-Posen erschienenen polnischen Flugchrift gefunden. Diese Flugchrift richtet sich gegen den bekannten Studentischen Schulerlaß betreffend Aufhebung des katholischen Religionsunterrichts in polnischer Sprache. Es sind nicht weniger als 26 Stellen der Broschüre beanstandet. Die Flugchrift selbst ist seiner Zeit beschlagnahmt worden.

Zwei neue China-Opfer.

Die deutschen Mannschaften, welche gemeinsam mit einer französischen Streitmacht unter dem Oberbefehl des Generals v. Vessell nach den Schanhsi-Pässen marschierten, um General Lin über die Demarkationslinie zu treiben, falls derselbe, was wahrscheinlich, nicht vorgezogen haben sollte, sich freiwillig um einen oder zwei Tage-märsche rückwärts zu konzentrieren, haben bereits einen unvermuteten Verlust erlitten: zwei Soldaten sind in der Nähe des Lagers von erbitterten Dorfbewohnern aus unbekannter Ursache niedergemacht worden. Ein Kriegskorrespondent telegraphiert darüber:

Huailou, 20. April. Am 18. besetzte ein kleines Detachement der Kavallerie in Richtung eine kleine Flußbrücke 5 Kilometer von Linho entfernt. Am Abend gingen drei Reiter unbewaffnet über die Brücke in eines der benachbarten Häuser. Zwei von ihnen, die Gefreiten Kunz und Schmidt, wurden, als sie den Hof betreten, angegriffen und von Chinesen getötet. Man erwartet eine scharfe Bestrafung des ganzen Dorfs für diese Mordthat. Die Leichen der Getöteten wurden nach Huailou gebracht.

Die „Köln. Ztg.“ meldet außerdem noch, daß die Soldaten hätten Pferdebesitzer requirieren wollen. Also wieder sind es die deutschen Truppen, die ein eigenartiger Verlust betroffen hat. Hoffentlich erfährt man bald Näheres nicht nur über die That-sache der Ermordung und das verhängte Strafgericht, sondern auch über die Ursache des Exzesses. In einem Hinterhalt scheinen die Getöteten nicht gefallen zu sein, da hierüber das Telegramm irgendwelche Andeutungen enthalten müßte. Es scheint vielmehr, als ob einige Dorfbewohner in einer augenblicklichen Horneswallung die That verübt hätten. Es wird also zu untersuchen sein, was sich vor der That abgespielt hat. Ergäbe sich, daß nur einzelne Dorfbewohner die Schuldigen sind, so gebote es unbedingt die Menschlichkeit, die Unschuldigen zu schonen. Wie wenig das Statutieren von Exempeln genügt hat, beweist ja die neueste That. Aber Wahrscheinlichkeit nach handelt es sich aber nicht um ein geplantes Kollektiv-Verbrechen der Dorfbewohner, da diese sich sonst der Strafe entzogen haben würden.

Ueber den Vormarsch der Expedition

wird im übrigen gemeldet: Ein großer Teil der deutschen Truppen muß wegen Mangels an Eisenbahnwagen und Lokomotiven die

ganze Strecke nach Süden bis Tingschau marschieren. Die französische Kolonne besteht aus sechs Bataillonen, sie geht südwärts nach Tchinglingfu und von da westwärts nach den Schanhsi-Pässen. Die deutsche Kolonne umfaßt die zweite Brigade, eine Schwadron Kavallerie, zwei Batterien Artillerie und eine Batterie Bergartillerie. Im ganzen marschieren 4000 Mann nach Tingschau, diesseits von Tchinglingfu, und von da westwärts nach Tingschau. Der Vereinigungspunkt beider Kolonnen ist augenscheinlich der Ankun-Pah. Ein Angriff wird vor dem 22. April nicht erwartet, wo mindestens 8000 Mann bereit sein werden, den Feind zu engagieren.

Ein ernsteres Gefecht

hatte ein englisches Detachement mit 1000 „Männern“ zu bestehen. Aus Peking wird darüber vom 21. April berichtet: Amlicher Meldung zufolge hatte eine Compagnie des 4. Pendschab-Infanterie-Regiments zwischen Tchingwantao und Suningfu ein heftiges Gefecht mit 1000 Männern. Major Browning und ein Sepoy fielen. Es sind Verstärkungen abgefordert.

Die Pendschab-Compagnie, die, wie bereits gemeldet, bei Suningfu ein Gefecht gehabt hat, war dorthin von Schanhschuan entsandt worden, um eine Mäuerbande zu zerstreuen; außer den zwei Toten hatte die Compagnie auch mehrere Verwundete. Der Feind ist anscheinend mit modernen Gewehren gut bewaffnet.

Von einer neuen Gärung in China

ist bereits seit Wochen die Rede, ohne daß sich etwas ereignete, wieviel von diesen Meldungen auf objektive Beobachtungen, wieviel auf Schornstein-Räucherungen zurückzuführen ist. Heute liegen wieder folgende Meldungen vor: Depeschen des belgischen Gesandten in Peking zufolge verschlimmert sich die Situation in China in bedrohlicher Weise. Eine neue fremdenfeindliche Bewegung sei bevorstehend.

Die „Daily News“ melden: Die Eingeborenen berichten, hat Fengtschai mit 6000 Mann Infanterie und 2000 Mann Kavallerie, die gut bewaffnet und diszipliniert sind, kürzlich Tschengtschu auf dem Marsch nach Singanfu passiert. Der Zaren-General in Mukden in der Mandchurie hat von den Russen 400 000 Taels zur Schaffung einer Militär-Polizeitruppe geliehen; als Sicherheit verpfändete der General die Land- und Personensteuer.

Der Brand des Abbesthauses.

Berlin, 22. April. Generalfeldmarschall Graf Waldersee meldet am 20. April aus Peking: Die eingehendste Untersuchung schließt Brandstiftung im Winterpalast fast mit Sicherheit aus. Allen Anhaltspunkten nach hat sich das Feuer von einem eisernen, zum Wärmen von Speisen bestimmten Ofen in dem Anrichterraum neben meinem Speisezimmer auf die Papier- und Holzbibliothek der Wand trotz schützender Abbestplatte übertragen. General v. Schwarzhoff, bei Ausbruch des Brandes auf einem Spaziergange begriffen, lehrte erst infolge Aufgebens des Feuers in seine Wohnung zurück. Die Feststellungen legen den Schlag nahe, daß er infolge zu langen Verweilens in den großenteils schon brennenden, von Rauch erfüllten Räumen in seinem Speisezimmer bewußtlos zu Boden gesunken ist, außerdem von einem auch noch im Hause befindlichen Soldaten. Obwohl er sofort vermisst wurde, schloß die rasende Schnelligkeit der Feuerbreitung jede Möglichkeit einer Rettung aus. Die vorläufige Beisetzungs hat soden in feierlicher Weise stattgefunden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Elite-Konferenz der Schneider. Die am Sonntag in Berlin tagte, nahm folgende Resolution an: „Die Konferenz erblickt in der Ausbreitung der Organisation in der Provinz Brandenburg sowie in den östlichen Provinzen eine Notwendigkeit, weil der große Zugzug aus diesen Gegenden ein wesentlicher Faktor mit ist, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse Berlins und der übrigen Städte systematisch verschlechtert werden. Die Delegierten verpflichten sich deshalb, in ihren Orten nach Kräften dafür zu sorgen, daß durch eine intensive Agitation auch diejenigen Orte der Bewegung angegeschlossen werden, wo heute noch keine Filialen unseres Verbandes bestehen; sie erblicken in der planmäßige durchgeführte Meinarbeit ein nicht zu unterschätzendes Agitationsmittel.“ — Die Konferenz erklärt ferner, daß die Erfahrungen, die die Kollegen bisher mit dem neuen Handwerkergesetz gemacht, bestätigen haben, daß man der beauftragten Vertretung der Arbeiter, den Gesellen, auszuweichen, eine Rolle zugewiesen hat, die als Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen als ungenügend zu bezeichnen ist. Die Delegierten verpflichten sich, in ihren Kreisen dahin zu wirken, daß die Gesellenvereine angeregt werden, den Fragen wie Arbeitsnachweis, Regelung der Lohnverhältnisse, Herbergswesen usw. eine erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. Die Konferenz erklärt, daß sie grundsätzlich die Errichtung eines Reichs-Arbeitsnachweises als die wirkliche Instanz für die Vertretung der Interessen der Arbeiter für notwendig hält. „Die Konferenz hält es für dringend notwendig, schon jetzt, wo der Antrag „Oehl zu Herndheim“, die gesetzliche Regelung der verschiedenen Mischstände in der Konfektion und der Heimarbeit, Aussicht hat, in nächster Zeit im Reichstag verhandelt zu werden — eine allgemeine Agitation einzuleiten und die Gelegenheit zu benutzen, auf Verbesserung des Antrags hinzuwirken.“

Unter den Schlächtergesellen Berlins macht sich augenblicklich reges Leben zu Gunsten einer Lohnbewegung bemerkbar, die zwecks Erringung einer geregelten und verkürzten Arbeitszeit, Abschaffung des Stellenhändlers und der Sonntags-Rückzahlung und Entlassung geplant wird. Der letzteren Forderung stehen die Meister heute schon nicht mehr so schroff gegenüber wie im Vorjahre; verschiedentlich hat man sich sogar zustimmend hierzu geäußert. Von einer Regelung der Arbeitszeit und des Arbeitsvermittlungswesens wollen die Herren aber nichts wissen. Sie sind, wie die Vätermeister, der Meinung, daß dies im Fleischer-gewerbe unmöglich ist. Die Stellenvermittlung wird jedoch nur in einigen Städten Deutschlands so geführt wie in Berlin; eine Veränderung ist daher sehr leicht durchführbar. Und im Bezug auf die geregelte Arbeitszeit kann wohl das Ausland als Vorbild gelten, dort sind fast durchgängig bestimmte Regeln geschaffen. Die Fleischermeister folgen aber auch nur dem Zwange durch die Gesellen-Organisation oder durch Gesetz. Bisher war ja die Vereinigung der Gesellen nur gering, die Meister beachteten sie kaum. In neuerer Zeit hat sich freilich unter den Fleischergesellen ein andres Treiben und eine zielbewusstere, stromerere Organisation entfaltet, so daß die Meister diesem Umstande wohl oder übel Rechnung tragen müssen. Die Fleischermeister fangen denn auch jetzt schon an, die Gesellenfrage ernsthafter zu behandeln. Seitens der Gesellen von Berlin soll nun in einer Versammlung, die am Donnerstag, den 25. April, in Feuersteins Fest-saal, Alte Jakobstr. 75, tagen wird, Stellung zur Lohnbewegung und eventuell zum Streik genommen werden. Hoffentlich lassen es die Meister nicht zu ernstlichen Differenzen kommen, damit der Konflikt nicht zum äußersten getrieben und ein harter Kampf heraufbeschworen wird.

In Friedrichshagen befinden sich die Zimmerer seit dem 15. April im Streik. Sie bitten ihre Kollegen, nach dort keine Arbeit anzunehmen.

Deutsches Reich.

Die Gewerkschaft der Buchdrucker. Schriftsetzer und verwandter Berufsangehörigen Deutschlands hielt an den Osterfesten ihren dritten Kongress in Aassel ab. Ueber die Verhandlungen geht es erst jetzt ein Bericht zu. In seinem Geschäftsbericht bewertete Goldender, daß die Anforderungen an die Masse erheblich gestiegen sind. Für die Agitation ist durch erhöhte Auflage der „Buchdrucker-Wacht“, Flugblätter und Entsendung von Rednern gesorgt worden. Die Prospektur: Die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist in circa 5000 Exemplaren verbreitet worden. Den Fortschritten wurden 1924 21. an Streik-

unterstützung überweisen. Ferner wurde einer streikenden Gewerkschaft ein Darlehen von 500 M. gewährt. Redner besprach dann eingehend den Leipziger Konflikt und wies den Vorwurf, daß die Organisation Streikbrecherdienste geleistet habe, entschieden zurück. Um die Arbeiterbewegung vor Schaden zu bewahren und den Konflikt zu lösen, regten wir eine Verschmelzung zwischen Verband und Gewerkschaft an. Dieser Anregung haben die Mitglieder aller Orte, mit Ausnahme von Dresden, Marburg, Würzburg und Bern, zugestimmt. Die Einigung wurde jedoch von Verbandsseite abgelehnt; ich denke, daß diejenigen paar Kollegen, die bis jetzt immer noch für eine Einigung schwärmen, nunmehr kurtieren sind. Das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission kann für sich den Ruhm in Anspruch nehmen, die ganze Leipziger Konfliktangelegenheit so dumm wie möglich behandelt zu haben. Redner schließt mit den Worten: Laßt uns auf dieser Bahn fortgehen; ein Erlahmen in unserem Kampfe kann nur stattfinden, wenn unsere Mitglieder das Vertrauen zur eignen Kraft verlieren; hoffen wir, daß das nie eintritt.

Der Kassenbestand war am 1. Januar d. J. 10 470,52 M. Die Einnahmen betrugen im vorigen Jahre 15 885,06 M., die Ausgaben 13 220,99 M. Der Mitgliederstand ist 245. Dem Centralkomitee der Gewerkschaft wurde einstimmig die Zustimmung zu seiner antiläch des Leipziger Konflikts getroffenen Maßnahmen ausgesprochen.

Nach einem die Tariffrage beleuchtenden Referat Kreffins wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Der Kongreß der Gewerkschaft der Buchdrucker zc. erkennt, daß ihm ein entscheidender Einfluß auf die Gestaltung der Tariffrage nicht zu Gebote steht. Dennoch hält er sich für verpflichtet, seiner Meinung Ausdruck zu geben, daß neben der Forderung einer den Verhältnissen entsprechenden Lohnsteigerung eine Verkürzung der Arbeitszeit als unerlässliche Notwendigkeit zu betrachten und demgemäß eine den Bedürfnissen der Gehilfen entsprechende Regelung der Arbeitszeit anzustreben ist.

Der Kongreß erklärt die von Verbandsseite gegen die Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit angeführten Gründe für unzulänglich. Die Verkürzung des Verbands, für diese wichtigste Forderung einzutreten, findet ihre Erklärung einzig in der Verunsicherung, daß dadurch die Tarifgemeinschaft ihr Ende finden und das sogenannte „gute Einvernehmen“ mit den Prinzipalen gestört werden könnte. Eine Tarifgemeinschaft aber, die die Unzulänglichkeit der Gehilfen zur Voraussetzung hat und die nur durch diese Gehilfeneigenschaft aufrecht zu erhalten ist, kann nimmermehr im Interesse der Gehilfen liegen.

Der Kongreß spricht deshalb der gegenwärtigen Tarifgemeinschaft die Existenzberechtigung ab und verurteilt die schmachvolle Haltung des Verbands der deutschen Buchdrucker.

Ein Antrag des Centralkomitees, den Beitrag um 20 Pf. pro Woche zu erhöhen, wurde einstimmig und mit lebhaftem Bravo angenommen. Von dem einer Gewerkschaft gewährten Darlehen wurden 100 M. erlassen. Das Organ, die „Buchdrucker-Wacht“, die bisher als ein freies Organ aller fortgeschrittenen Buchdrucker bestand, sollte nach einem Antrage in das Eigentum der Gewerkschaft überführt werden. Die Abstimmung ergab jedoch die Ablehnung des Antrags. Als Redakteur wurde Kreffin wiedergewählt. Ein Defizit des Blatts in Höhe von 384,40 M. wurde von der Gewerkschaft übernommen.

Der Sitz des Centralkomitees bleibt in Leipzig, ebenso wird der Sitz der Kontrollkommission wiederum Berlin zugewiesen. Der nächste Kongreß soll in Halle tagen.

Nachdem die Wahl eines Preiskomitees vorgenommen worden war, schloß der Vorsitzende den Kongreß mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung und die Sozialdemokratie.

Die Petition des Verbands deutscher Berg- und Hüttenarbeiter betreffend Ergänzungen zu Titel III, IX und VII des Allgemeinen Preussischen Berggesetzes, welche an das Ministerium für Handel und Gewerbe und an das Abgeordnetenhaus gerichtet ist, liegt jetzt im Wortlaut vor. Sie zerfällt in 3 Teile. Erstens wird verlangt, daß Titel III eine Fassung erhält, nach welcher: Die Schicht unter Tage nicht 8 Stunden übersteigen darf. Die Beschäftigung von weiblichen Arbeitern auf Bergwerken und deren Nebenanlagen ausnahmslos verboten wird. Arbeiter unter 16 Jahren unter Tage nicht beschäftigt werden dürfen und auf Bergwerken und Nebenanlagen, welche mehr als 20 Arbeiter beschäftigen, ständige Arbeitervorstände einzusetzen sind, deren Mitglieder von den großjährigen Arbeitern aus ihrer Mitte in unmittelbarer und geheimer Wahl bestellt werden.

Zweitens soll dem Titel IX als Absatz 3 des § 196 angefügt werden, daß zur Unterstützung der Berginspektoren, soweit sich ihre Kontrolle auf Grubenstabilität und den Schutz der Arbeiter bezieht, diesen Hilfskontrollen, deren Wahl wie die Wahl der Arbeitervorstände vorgenommen werden soll, beizugeben sind.

Dann folgt in 56 Paragraphen eine neue Fassung des Titel VII, welche die Reorganisation der Anknappschäfts-Unterstützungslosen (Kranken-Unterstützung und Pension) verlangt durch Bildung von Anknappschäftsvereinen, die möglichst ganze Bezirke umfassen sollen; die Erteilung der kleinen Renten, von denen einige unter 100 M. Mitglieder haben und deshalb mancher Bergmann seine ganzen Ansprüche verliert, soll aufhören.

Die Abgabe des M. Bruch in der Solinger Versammlung, nicht mehr bei den Anknappschäftswahlen mit dem alten Verband zu unterhandeln, ist, wie es scheint, in Dortmund wirkungslos verhallt; denn dort beschloßen die Mitglieder des christlichen Gewerbevereins, mit denen des alten Verbands bei der in einem Bezirk sich notwendig machenden Nachwahl eines Stellvertretenden gemeinschaftliche Sache zu machen; sie unterstützen die Kandidaten des Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Verbands, der in Dortmund ca. 1200 Mitglieder zählt. Hoffentlich verjagen die Mitglieder des Gewerbevereins die Gefolgschaft auch in der ausgegebenen Parole, für eine mäßige Erhöhung des Getreidepreises einzutreten.

Hirsch-Dundersche Gewerbevereiner als Streikbrecher. Seit Dezember dieses Jahres befinden sich die Drechsler der Holzbearbeitungsfabrik von F. Wendig Söhne, Posen, im Streik, ohne daß es der Firma gelingt, Streikbrecher heranzuschaffen. Jetzt wird dem bedrängten Unternehmer von dem Hirsch-Dunderschen Organ, der „Eiche“, unter die Arme gegriffen. Das Blatt sucht für die genannte Fabrik Drechsler. Wir bitten die Drechsler weiter, der Firma in Posen fernzubleiben, da sie sich mit den Arbeitern in keinerlei Unterhandlungen einlassen will.

Schwarze Listen. Seit dem großen Sammelweber-Streik in Krefeld war es aufgefallen, daß verschiedene Textilarbeiter ruhelos von einer Fabrik zur andern gejagt wurden, bis sie zuletzt gezwungen waren, ein andres Gewerbe zu ergreifen. Man ahnte, weil es stets Personen waren, welche im Vordergrund der Textilarbeiterbewegung am Niederrhein standen, daß von Seiten der Fabrikanten mit schwarzen Listen gearbeitet wurde. Jetzt haben wir Gewißheit; es wurde uns nämlich folgendes Circular übermittelt:

Verein der niederrheinischen Textil-Industrie und ihrer Hilfsindustrien.

Krefeld, 11. März 1901.

P. P. Nachstehend vermerken wir Ihnen die Namen der Arbeiter, welche bei der Firma Karl Langensfeld u. Sohn in Biersen ungerechtfertigterweise in Lohnstreitigkeiten eingetreten sind, mit der Bitte, solche nicht einstellen zu wollen.

Hochachtung

Der Vorstand.

Es folgen nun 12 Namen der Weber, welche an dem Streik beteiligt waren.

Außer dem Circular, das an die einzelnen Unternehmer, die noch nicht Mitglied des Vereins sind, versandt wurde, gelangte noch ein andres an die Mitglieder zur Ausgabe, worin einfach auf Grund des Statuts gefordert wird, die Arbeiter nicht einzustellen.

Der Malerstreik in Hamburg ist durch einen Tarif, der mit den Meistern vereinbart wurde, beigelegt. Der Minimallohn wird von 52 1/2 auf 55 Pf. erhöht und soll vom 1. April

1902 auf 56 Pf. steigen. Ueberstehen werden mit 10 Pf. Nachtarbeit mit 15 Pf. Zuschlag bezahlt. Die Arbeitszeit ist entsprechend der Jahreszeit festgelegt und beträgt im Sommer 9 Stunden.

In Bremen ist es im Malergewerbe zum Ausstand gekommen.

Die Straßenbahner in Braunschweig stehen in Differenzen mit der Direktion, sie verlangen die Wiedereinstellung der Angestellten, die wegen Jugendigkeit zur Organisation entlassen wurden. Wahrscheinlich dürfte es zum Ausstand kommen.

Ausland.

Die streikenden Bergarbeiter in Montceau-les-Mines lehnten einstimmig das Anerbieten der Regierung, für die Ausgesperrten in andern Werken ein Unterkommen zu schaffen ab.

Der Hafenarbeiter-Ausstand in Genua. Als der Dampfer „Perseo“ am Sonntag in Genua ankam, gingen die Heizer an Land und schloßen sich den Ausständigen an; auch 50 spanische Heizer, die zum Ertrag ausländischer Heizer engagiert waren, weigerten sich bei ihrer Landung, an die Stelle ausländischer Heizer zu treten.

Sociales.

Zum Kassenstreik in Leipzig. Der Vorstand der Ortskasse in Leipzig teilt mit, daß Mittwoch, den 24. April, vor der Kreis-hauptmannschaft Leipzig Ausgleichsverhandlungen zwischen dem Kassendirektor und den Ärzten stattfinden werden.

Aus der Frauenbewegung.

Mit dem Arbeitsnachweise wird sich eine öffentliche Versammlung der Alt-Plätterinnen und Wäscherinnen beschäftigen, die Mittwochabend, den 24. d. Mts., bei Siebert, Andreasstr. 21, abgehalten wird. Die Versammlung beginnt 8 1/2 Uhr.

Eine periodische Friedenskundgebung der Frauen am 18. Mai wird von Margarete Senore Selenka aus München in bürgerlichen Frauenzeitschriften gefordert. Friedensliebe ist gewiß etwas Schönes, daß sie aber ihre Begeisterung stets von neuem an der traurigen Komödie im Haag entzünden solle, mutet ernste Friedensfreunde an wie unheimliche Ironie. Unmittelbar nach jener Haupt- und Staatsaktion der Diplomaten sehen wir zwei Kriege entstehen, wie sie beschämender für die europäische Zivilisation des zwanzigsten Jahrhunderts kaum gedacht werden können. Wie viele der Engländerinnen, welche die „Erinnerungsfeier“ begehen, würden den Vortext beenden wollen, ohne Einverleibung Transvaals und mit Entschädigung für die verbrannten Heimstätten, die verwüsteten Ländereien? Wohl nur die wenigen Sozialistinnen, und nicht alle, die sich so nennen, nur die, welche es wirklich sind. Diese aber haben wohl ihre Hebezeugung nicht aus den Redensarten im Haag gewonnen. Wer regt sich gegen das chinesische Abenteuer? Sind die Friedensfreundinnen Auslands gegen die grausame Eroberung der Mandchurie aufgetreten? Die Friedensfreundinnen Deutschlands gegen die Entsendung der großen Truppenmassen? So wenig als die kirchlich-orthodoxen dem chinesischen Blutvergießen um des Christentums willen Einhalt gebieten, so wenig haben die Friedensfreunde aller Länder die Mittel zu den Kriegsrüstungen verweigert — soweit sie nicht Sozialisten sind. Die Sozialdemokratinnen aber haben es nicht nötig, die bössigen Phrasen vom Haag zu feiern, welche so rasch durch die brutalen Thatfachen Lügen gestraft wurden. Die Arbeiterinnen lächeln über eine Feier zu Ehren der Haager Konferenz; sie feiern den 1. Mai, den Tag der internationalen Brüderlichkeit. Sie feiern ihn mit der ganzen Begeisterung, welche bereit ist, Opfer für ihr Ideal zu bringen, welche aus diesen Opfern neue Befriedigung schöpft in der Ueberzeugung, daß sie nicht vergeblich gebracht sind. Sie wissen, daß der Kapitalismus keinen dauernden Frieden bringen kann, daß er den Militarismus, der an ihm lehrt, doch nicht entbehren kann. Sie feiern den 1. Mai und in ihm das einzig echte Friedensfest.

Soziale Rechtspflege.

Tuberkulose oder Betriebsunfall? Der Heizer und Maschinist R. a. u. e., der bei einer Rummelsburger Firma in Arbeit stand, war am 30. Mai 1900 nach der Fabrik gegangen, um Nachschicht zu machen. Er lernte aber bereits um Mitternacht zurück und erzählte seiner Frau, daß er beim Heben großer Kohlen plötzlich starkes Lungenbluten bekommen habe. Er mußte sich zu Bett legen. Die Blutungen wiederholten sich in den nächsten Tagen, setzten dann einmal aus und wurden schließlich bei gleichzeitigen Fiebererscheinungen so stark, daß am 14. Juni der Tod eintrat. Die Witwe verlangte darauf von der Versicherungsgesellschaft für die chemische Industrie eine Unfallrente. Der Anspruch wurde abgelehnt und das Schiedsgericht entschied ebenfalls zu Ungunsten der Mälerin, weil die Blutungen nicht die Folgen eines Betriebsunfalls gewesen seien. Zwei Zeugen hatten ausgesagt, daß der Verstorbene schon zwei Tage vor seiner Erkrankung Blut gespuckt habe. Das Schiedsgericht berücksichtigte ferner bei seiner Entscheidung Gutachten des Kreisphysikus Schulz und eines Sanitätsrats, worin etwa folgendes ausgeführt wurde: Nach der Obduktion mußte es sich um Lungenbluten gehandelt haben und die Blutungen hätten sich sehr wohl auf einen tuberkulösen Prozeß zurückführen lassen, wenn man auch nur an der Spitze der rechten Lunge eine narbige Stelle vorgefunden habe. Auffallend sei nur die Menge des verlorenen Blutes. Anzunehmen wäre, daß der Mann an sogen. Unterkrankelei gelitten habe. Ein gewisser unheilbarer Einfluß der gewöhnlichen Arbeit auf den Eintritt der Blutungen in größerer Menge sei möglich. Zu diesen Blutungen hätte es aber auch bei jeder andern Gelegenheit kommen können.

Frau R. legte Rekurs ein und behauptete vor dem Reichs-Versicherungsamt, daß ihr Mann nie erheblich krank und vor allem nie lungenkrank gewesen sei. Das Reichs-Versicherungsamt verwarf indessen den Rekurs mit folgender Begründung: Auf Grund der tatsächlichen Feststellungen und der ärztlichen Gutachten sei der Senat zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Blutungen zunächst zwar bei der Arbeit, aber nicht infolge der Arbeit aufgetreten seien. R. habe vielmehr schon vor dem 30. Mai an Tuberkulose gelitten, ohne daß er es gewußt habe, und der Aufstellungsprozeß sei auch durch das Heben der Kohlenstücke am fraglichen Tage nicht besonders beschleunigt worden, sondern die Krankheit sei bereits so weit vorgeschritten gewesen, daß die Blutungen eintreten mußten. Von den Folgen eines Betriebsunfalls könne deshalb nicht die Rede sein.

Versammlungen.

Der sozialdemokratische Agitationsverein Straßburg-Rügen hielt am Sonntag, den 14. d. M. seine ordentliche Generalversammlung ab, in welcher der Vorsitzende einen Situationsbericht über die Tätigkeit des letzten Vierteljahres gab. Nach dem Bericht des Kassierers betrug die Einnahme in dieser Zeit inklusive Bestand 118,60 M., die Ausgabe 27,70 M., verbleibt ein Bestand von 90,90 M. Gewählt wurden dann Otto Bieth als Kassierer, Wilhelm Bieth als Revisor. Ein Antrag auf Statutenänderung wurde abgelehnt. Der Verein beschloß, nach besten Kräften die bevorstehende Reichstagswahl-Agitation in Greifswald-Grimsen zu unterstützen.

Der Metallarbeiter-Verband (Ortsverwaltung Berlin) hielt am Sonntag eine Generalversammlung ab, welche über die in der „Metallarbeiter-Zeitung“ veröffentlichten Anträge zum Verbandstag diskutierte. R. a. u. e., der dazu einige einleitende Worte sagte, bezeichnete als wichtigsten Antrag denjenigen, welcher die Gewerkschaften mit Unterstützung des Reichs-Vereins der Arbeiter einführte. Ein weiterer wichtiger Antrag sei der, welcher die Versicherung und Pensionierung der Beamten beabsichtigt, über die sich Redner, weil man ihn für persönlich bei diesem Antrage interessiert halten könne, nicht auslassen wollte. Von großer Be-

deutung seien auch die auf Ausdehnung des Unterstufungswesens im Verbands gerichteten Anträge. Prinzipiell sei gegen diese Anträge nichts einzuwenden, aber zur Zeit seien sie noch nicht durchführbar. An der Diskussion beteiligten sich Stobad, Wiesenhal, Handke und Hirsch. Mit der vom Hauptvorstand beantragten Gaueninteilung erklärten sich alle Redner einverstanden, jedoch wurde gewünscht, daß der Gauenführer nicht vom Hauptvorstand ernannt, sondern von den Mitgliedern gewählt werden müsse. Ein so weit gehendes Vertrauen — sagte Wiesenhal — könne man dem Hauptvorstande nach seinem Verhalten in der letzten Zeit nicht entgegenbringen. Wenn die Mitglieder sich ihr Selbstbestimmungsrecht so weit beschneiden lassen, daß sie auf die Wahl der Gauenführer verzichten, dann werde es auf dem Wege, den der Hauptvorstand mit seiner bürokratischen Verwaltung beschritten, immer weiter bergab gehen. Das müßten aber die Mitglieder im Interesse des Verbands verhindern. Handke meinte, die Berliner Kollegen seien geradezu empört darüber, daß der Hauptvorstand solche Anträge wie die Ernennung der Gauenführer gestellt habe. — Was die Einführung einer Pensionskasse für die Verbandsbeamten betrifft, so erklärten sich die Redner übereinstimmend gegen dieselbe. Unter anderem führte Stobad aus, die Pensionierung der Beamten bedeute eine Erweiterung des Unterstufungswesens. Wenn man diese den Mitgliedern gegenüber noch nicht für durchführbar halte, dann sei auch die Einführung einer Pensionskasse für die Beamten noch verfrät. Diese Frage könnte wohl am besten von allen Gewerkschaften gemeinsam geregelt und auf dem nächsten Gewerkschaftskongreß beraten werden. — Nach Schluß der Diskussion faßte die Versammlung folgende Beschlüsse:

Die Generalversammlung ist mit der Einführung der Gaueninteilung einverstanden unter der Bedingung, daß die Gauenleiter ebenso wie die Ortsverwaltungen von den Mitgliedern gewählt werden.

Die Generalversammlung protestiert entschieden gegen die Anträge des Hauptvorstands, betreffend die Pensionskasse, auch gegen die Anträge betreffend die Gaueninteilung, soweit dieselben die Anstellung der Gauenführer resp. Bezirksleiter durch den Hauptvorstand bezwecken. Die Generalversammlung empfiehlt den Delegierten, auf dem Verbandstage dagegen Stellung zu nehmen, und spricht ihre Mißbilligung darüber aus, daß der Hauptvorstand seine Anträge nicht früher bekannt gegeben hat.

Die Delegierten zum Verbandstage werden ersucht, dafür einzutreten, daß über die Einführung der Pensionskasse eventuell eine Urabstimmung stattfindet.

Aus der in der Versammlung vorgenommenen Stichwahl zur Verbandstags-Delegation gingen folgende Mitglieder als gewählt hervor: Baumann, Lehrend, Blumenthal, Fiedler, Friedrich, Hey, Krenzel, Schröder, Schmidt, Weigel, Wuschel.

Eine von der Vereinigung der Maler einberufene Versammlung beschäftigte sich gestern abend mit der Antwort der Malereigenschaft auf die gestellten Forderungen. Die Antwort der Arbeitgeber ist ablehnend und ausweichend, der Verband will nicht mit den Vertretern der Organisierten verhandeln und erklärt, daß die Kommission unter Leitung des Altgeleitens und die der Innungsmeister allein kompetent dafür seien. Ohne weitere Diskussion beschloß die Versammlung, daß die am 5. März dieses Jahres gefasste Resolution der Ortsverwaltung auch ferner zur Richtschnur dienen und daran festgehalten werden soll. Darauf wird ein Artikel der Malerinnungs-Zeitung verlesen, der eine Reihe beleidigender Ausfälle gegen die organisierten Maler und deren Vertreter enthält und von dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbands herabgelesen soll. Nach kurzer Diskussion beschloß die Versammlung, daß sie über die Kampfweise des Herrn Rettig zur Tagesordnung übergehe.

Von diesem, der schriftlich zur Versammlung eingeladen war, ist inzwischen eine Kopiepostkarte eingelaufen, in der er mitteilt, daß er sich durch einen Artikel des Gehilfenorgans beleidigt fühle und deshalb nicht erscheinen könne.

Der Arbeiter-Sängerbund hielt am Sonntag, den 14. April, in der Brauerei Friedrichshain eine Ausschüttung ab. Zur Aufnahme in den Bund hatten sich gemeldet die Vereine: „Kottbuser Harmonie“, Gewerkschaft der Maler, Raimoldchen Köpenick, Einigkeit Rummelsburg, Lied hoch und Arion Rummelsburg, welche sämtlich dem Bunde als zugehörig erklärt wurden.

Zum Bundesdirigenten wurde wiedergewählt Richard Blobel. Die Vertreter der Vereine: Nordmarch, Kote Kelle Berlin und Fortschritt wurden zu Revisoren gewählt. Die bisherigen Controlleure wollen ihr Amt weiter versehen bis auf zwei, wofür Controlleure aus den Vereinen Loreley und Glück zu die beiden ersetzen. — Unter Vereinsangelegenheiten wurde bekannt gegeben, daß in diesem Jahre zu Pfingsten in Erfurt der Delegierten-tag der Niedergemeinschaft abgehalten wird; gewählt wurde als Delegierter der Vorsitzende Reumann. Zum Sängereist ein geeignetes Lokal zu suchen, sollte dem Vorstande überlassen bleiben.

Eine außerordentliche Generalversammlung hatte der Verein Berliner Drofantenmacher am 18. d. M. nach den Johannis-Sälen, Johannisstraße 20, einberufen und zwar an Stelle der ordentlichen vierteljährlichen Mitgliederversammlung. Die Versammlung hatte zunächst das Ansehen der im letzten Vierteljahr verstorbenen Vereinsmitglieder in der üblichen Weise, worauf der Vorsitzende R. a. u. e. den vierteljährlichen Geschäftsbericht erstattete. Nach diesem waren 326 jährliche Arbeiten im Vereinsbureau zu erledigen. An Fundstücken sind bis zum 15. Februar, an welchem Tage das bisher unterhaltene Fundbureau aufgehoben wurde, 145 Gegenstände eingeliefert worden, von welchen 76 reklamiert und für welche 165,80 M. Fundgeld von den Verlierern gezahlt worden sind. Neu beigetragen hat dem Verein 86 Mitglieder, so daß derselbe ultimo März 1901 vollberechtigte Mitglieder zählte. Das Vereinsvermögen betrug sich auf 9295,21 M. Im weiteren Verlauf der Tagesordnung wurden verschiedene Wahlen vollzogen. Es wurden u. a. gewählt zum stellvertretenden Vorsitzenden F. Barth, zu Delegierten in die Gewerkschaftskommission August Weder und Karl Plüsch, sowie als Ersatzmann Hüller. Zur Angelegenheit der Arbeitsordnung wurde der Altgehilfe der Buchhändler-Innung Leipzig beauftragt, für die Aufrechterhaltung der 18stündigen Arbeitszeit in Vorschlag zu bringen. Ferner wurde nach langer Debatte beschlossen, dem Rechtsanwalt Leonhard Friedmann das Vereinsindikat zu entziehen und dasselbe den Rechtsanwälten Gebrüder Lieberich zu übertragen. Für die ausgesperrten Fabrikarbeiter wurden 50 M. als Beitrag zum Liebesdenkmal, Fonds 15 M. aus der Vereinskasse bewilligt. Am 1. Mai bleibt das Vereinsbureau, Schützenstraße 58, geschlossen. Ueber den event. Einfluß an den „Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands“ soll später beraten werden.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Livorno, 22. April. (W. Z. V.) Die Arbeiter des hiesigen Seebahnhofs nahmen heute die Arbeit wieder auf. Die Kohlenarbeiter werden morgen ihrem Beispiel folgen.

Genua, 22. April. (W. Z. V.) An einer Versammlung der Ausständigen, welche im „Apollo-Theater“ stattfand, wurde einstimmig eine Tagesordnung angenommen, welche den Schiedsrichter des Ministerpräsidenten Janardelli verlangt. Die Entscheidung der Meder steht noch aus. — Heute Nachmittag sind drei Dampfer nach New York abgegangen.

London, 22. April. (W. Z. V.) Kriegsminister Brodrick teilt mit, daß sich in den letzten 10 Wochen die Kosten des südafrikanischen Kriegs auf durchschnittlich 1 1/2 Millionen Pfund Sterling pro Woche gestellt haben.

New Castle, 22. April. (W. Z. V.) Die Versammlung der Delegierten der Grubenvereine von Northumberland, welche heute hier stattfand, nahm eine Resolution an, in welcher der Entschluß ausgedrückt wird, mit den anderen Grubenvereinen zusammenzugehen, um das Kohlengeschäft Englands zum Stillstand zu bringen, wenn nicht der Kohlenausfuhrzoll wieder aufgehoben würde.

Reichstag.

79. Sitzung vom Montag, den 22. April 1901, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Herr v. Thielmann, Herr v. Richthofen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste und zweite Beratung des Zusatzantrags zu dem Auslieferungsvertrage zwischen dem Reich und Belgien vom 24. Dezember 1874. Danach soll die Festsetzung der zur Begründung des Auslieferungsvertrages dienenden Schriftstücke an den vorläufig festgenommenen künftigen zwischen allen deutschen Bundesstaaten und Belgien drei Wochen (statt bisher außer für Preußen 15 Tage) betragen.

Dieser erste Punkt der Tagesordnung wird debattelos erledigt. Es folgt die erste Beratung des Entwurfs eines Sühstoff-Gesetzes.

Abg. Sped (L):

Der vorliegende Gesetzentwurf ist die Folge einer Resolution des Reichstages. Man behauptete, daß die Sühstoffe gesundheitsschädlich seien. Dies hat sich nach den Feststellungen des Reichsgesundheitsamts indessen als nicht zutreffend erwiesen. Zugabe von Sühstoffen ist nicht notwendig. Die Konkurrenz, die man von den Sühstoffen für den Zuckerkonsum fürchtet, kommt nur in sehr beschränktem Maße in Betracht. Der Zuckerkonsum hat trotz der Sühstoff-Produktion in den letzten Jahren erheblich zugenommen, von 12,82 Kilogramm auf den Kopf der Bevölkerung im Jahre 1897/98 auf 15,15 Kilogramm im Jahre 1900/1901. Das in England der Zuckerkonsum so viel höher ist, liegt vor allem an dem großen Zuckerkonsum dort. Uebrigens hat bei und der Sühstoff-Verbrauch insbesondere der des Saccharins auch dort zugenommen, wo früher überhaupt kein Sühstoff genossen wurde. Durch die Sühstoff-Produktion ist den armen und ärmsten Gegenden der Genuß von Süßigkeiten überhaupt erst ermöglicht worden. Durch die Unterdrückung dieser Produktion würde man also dieser Bevölkerungslasse die Möglichkeit nehmen, überhaupt Sühstoffe zu konsumieren. Das einfachste Mittel zur Erhöhung des Zuckerkonsums wäre die Herabsetzung der Zuckerpriese. Aber der Zuckerring hat ja die Preise gerade in die Höhe getrieben und seinem Drängen ist auch wohl dies Gesetz zu verdanken. Die Gründe, weshalb wir für die Vorlage stimmen werden, liegen erstens darin, daß wir es für recht und billig halten, daß, wenn das landwirtschaftliche Produkt besteuert wird, auch auf das Industrieprodukt eine Steuer gelegt wird, die aber nicht so hoch sein darf, daß die Existenzmöglichkeit der Industrie aufgehoben ist. — Zum 2. ist die Angabe von Gründen bei der Verweigerung der Erlaubnis zur gewerbemäßigen Abgabe von Sühstoffen und sühstoffhaltigen Zubereitungen durch die Steuerbehörde nicht vorgesehen. Die Befürchtung daraus, daß eine verschiedene Handhabung in den einzelnen Bundesstaaten Platz greifen wird. Die Kontrolle muß ja allerdings in den Händen der Steuerbehörde liegen, andererseits aber dürfte die Genehmigung unbefugten Personen wohl nicht verweigert werden können. Die Verbrauchsabgabe von 80 M. pro Kilo Gemisch reinen Sühstoffs, wie sie im § 8 vorgesehen ist, dürfte doch vielleicht etwas zu hoch begriffen sein. Dieser Steuer-satz kann vielleicht etwas erniedrigt werden. § 23 setzt den Einfuhrzoll für künstliche Sühstoffe fest. Es erhebt sich hier die Frage, wie es sich mit der Einfuhr von solchen Rohstoffen in insbesondere Badwaren verhält, bei denen künstliche Sühstoffe verwendet sind. Das Prinzip muß immer sein, die Einfuhr solcher Rohstoffe zu verbieten, wenn im Inlande die Verwendung künstlicher Sühstoffe zu Badwaren verboten ist. Mindestens müssen wir aber für solche Rohstoffe einen sehr hohen Zoll feststellen.

Die Kommission wird die Bestimmungen des Gesetzes sehr sorgfältig zu prüfen haben. Ich beantrage Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Graf v. Kanitz (L):

Fast in allen Kulturstaaten sind Gesetze gegen das Saccharin erlassen und das deutsche Gesetz dürfte, wenn es in der vorliegenden Form zur Annahme gelangt, das mildeste sein. In der That muß auch unsere einheimische Zuckerindustrie gegen die unliebsame Konkurrenz des Saccharins geschützt werden. Die Regierung hat alle Veranlassung, den Zucker zu schützen, denn der Ertrag der Zuckersteuer beträgt jetzt 125 Millionen Mark. Die Bestimmungen der Vorlage sind aber noch vielfach unzulänglich. Vor allem müßte die Kontrolle der Fabrikation und Verwendung der Sühstoffe weit schärfer sein. Die Kommunen müßten angewiesen werden, besondere Laboratorien zur Untersuchung der Rohstoffe mit Sühstoffgehalt zu errichten. Der § 4, der in einzelnen Fällen die Verwendung von Sühstoffen gestattet, sollte womöglich überhaupt gestrichen werden. Was die Verbrauchsabgabe von 80 M. anlangt, so wäre meinen politischen Freunden eine höhere Besteuerung erwünscht, wir würden sie aber nicht fordern. Der Eingangszoll ist auf den denkbar niedrigsten Betrag festgesetzt. Man befürchtet zu häufige Defraudationen, wenn der Zoll zu hoch bemessen ist. Ich gebe zu, daß die Defraudation in diesem Falle besonders leicht ist. Das beste Mittel dagegen wäre aber Festsetzung möglichst hoher Strafen für jeden Fall von Defraudation. — Wir werden aber unsere Bedenken möglichst zurücktreten lassen, denn wir hoffen, daß bei ausreichender Kontrolle des Gesetzes immerhin zur wirksamen Bekämpfung des Saccharins dienen wird.

Abg. Wurm (Soz.):

Daß der vorliegende Gesetzentwurf noch in dieser Session gekommen ist, beweist nur, wie nachgiebig das Reichs-Schatzamt gegenüber der Agrarier ist. Das Gesetz widerspricht vollständig den Beschlüssen des Reichstages bei der Flottenvorlage. Dort wurde in einer Resolution ausdrücklich ausgesprochen, daß der Fehlbetrag nicht durch Erhöhung der den Massenverbrauch belastenden Steuern gedeckt werden sollte. In der Begründung dieser Vorlage dagegen heißt es, daß man das Saccharin besteuere, weil man fürchtet, daß ein Massenverbrauch desselben zu Ungunsten des Zuckers eintreten könne. Zur Verteidigung dieses Widerspruchs kam der Herr Staatssekretär nur einen Grund anführen, daß dieses Finanzgesetz ein Anti-Finanzgesetz ist, denn wenn es in der vorliegenden Form angenommen wird, so bringt es nicht Geld ein, sondern kostet noch Geld dazu. Die Kontrolle soll nämlich so eingerichtet werden, daß die Sühstoff-Fabrikanten ganz bestimmte Vorkehrungen treffen müssen und daß diese ersten Kosten aus der Reichskasse bezahlt werden. Da wird wohl so ziemlich alles das ausgegeben werden, was noch aus einer Saccharinsteuer, in der Höhe, wie sie hier vorgesehen wird, herauskommen kann, denn die Fabrikation des Saccharins wird danach so gut wie aufhören. Dies Gesetz ist nichts weiter als eine Umschreibung, eine Umgehung des Gedankens, daß man das Saccharin von der Verbrauchsabgabe lassen will. Es ist eben den Herren vom Zuckerring unangenehm und deswegen soll es nicht gebildet werden, und das ist der einzige Grund, weshalb es nicht gebildet werden soll. Ein hygienisches Interesse liegt nicht vor, das giebt auch die Regierung zu. Ein Finanzinteresse liegt wie gesagt auch nicht vor, also einzig und allein das Interesse, den Agrariern, dem Zucker-ring einen Gefallen zu thun (Sehr richtig! b. d. Sozialdem.). Widerspruch rechts, auch wenn Herr Sped das bestritt. Es ist doch recht wunderbar, daß das Gesetz so genau den Intentionen der Agrarier entspricht und das der Herr Staatssekretär gerade wörtlich so als Gesetz vorlegt, wie es ihm einige Wochen vorher Herr Dr. Hertel vorgetragen hatte. Als am 11. Februar d. J. hier über die Saccharinfrage verhandelt wurde, wußte der Herr Staatssekretär noch nicht von seiner eignen Erklärung, wie er das Gesetz machen solle, ob auf dem Wege großer Besteuerung oder auf dem Wege der Verbrauchsbeschränkung. „Ach“, sagte Herr Dr. Hertel, „wenn es weiter

nichts ist, die Sache ist sehr leicht zu machen, thun Sie doch beides“. Und siehe da, der Herr Staatssekretär gehorchte, er hörte auf das, was Herr Hertel ihm riet. Der Bundesrat bekam auf einmal die Erlaubnis, die ihm bis dahin gefehlt hatte.

Das Saccharin wird hoch besteuert, es treten auch Verbrauchsbeschränkungen ein, damit nicht die Einnahme aus der Zuckersteuer verringert werde, damit der Konsum des Zuckers nicht verringert werde, d. h. die Zuckerfabrikanten recht viel verkaufen können. Ist es denn aber wahr, daß das Saccharin als ernstlicher Konkurrent des Zuckers angesehen werden darf? Darüber ist ja die große Masse des Publikums unterrichtet, daß das Saccharin im Gegensatz zum Zucker kein Nahrungsmittel, sondern ein Genußmittel ist. Es wird eben genommen, um den angenehmen süßen Geschmack zu erzeugen, der bisher nur durch den Zucker erzeugt werden konnte. Ebenso gut sich die Milchindustrie die Erlaubnis genommen hat, an Stelle des Rohzuckers ihr Produkt zu setzen, ebenso hat sich die Chemie die Erlaubnis genommen, einen Stoff zu erfinden, der die Speisen ebenso verfeinert wie der Zucker, und da er billiger ist, gerade von den Kreisen gebraucht werden kann, die den Zucker nicht bezahlen können. Wer sich den Kaffee kaufen kann, der nimmt keine Cichorien und die Leute, die früher ihre Cichorien bitter tranken, trinken heute sie heute mit Saccharin. Im Erzgebirge, in Thüringen, wo dank Ihrer Wirtschaftsordnung die Leute ein ganz kümmerliches Dasein führen, finden Sie überall den Gebrauch von Surrogaten, Cichorien und Saccharin. Saccharin ist das Gewürz der armen Leute, die dadurch erst darauf kommen, daß sich ein sehr angenehmer Geschmack ist. Ein Teil des Saccharins wird ja selbstverständlich benutzt, um an Stelle von Zucker verkauft zu werden, und daher sind wir ja auch 1898 gegen diese betrügerische Verwendung des Saccharins mit vorggegangen. Wir waren dafür, daß bei gewissen Nahrungs- und Genußmitteln der Zusatz von Saccharin überhaupt verboten werde, besonders da, wo es weniger auf den Geschmack als auf den Nährwert des Zuckers ankommt, z. B. bei Bier und Liqueur, wo der Zuckersatz den Alkohol weniger schädlich für den Magen macht. Wir haben damals für den Deklarationszwang gestimmt, und nun sagt die Regierung, es sind keine Deklarationen erfolgt. Darum war das Gesetz von 1898 ein Schlag ins Wasser. Weshalb haben denn die Bundesstaaten nichts getan, um die Betrüger zu bestrafen? Wir haben beim Margarine-Gesetz eine Resolution gefaßt, die Nahrungsmittel-Untersuchung solle nicht durch die Polizei, sondern durch besonders angestellte Beamte ausgeführt werden, und das Reichs-Gesundheitsamt solle allgemeine Vorschriften darüber ausarbeiten, in welcher Weise dies zu geschehen habe, damit wir eine richtige Nahrungsmittelkontrolle bekommen. Also die Bundesstaaten hätten aufgefordert werden müssen, ihre Pflicht zu thun. Statt dessen erklärt die Regierung einfach ohne eine Spur des Beweises, es seien keine Deklarationen vorgekommen, folglich sei Saccharin zu betrügerischen Zwecken in großem Maßstabe verwendet worden. Wenn das aber in solchem Umfang geschehen wäre, so müßte es möglich gewesen sein, das festzustellen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ist es aber thatsächlich richtig, so brauchte man nur von jetzt an dafür zu sorgen, daß härtere Kontrollen werde. Sie wollen nur dem Zucker den Konkurrenten nehmen, der Zuckerkonsum würde sich aber gar nicht steigern, wenn das Saccharin verschwindet. Denn dies wird vor allen Dingen von Leuten gebraucht, die den Zucker gar nicht kaufen können und weiter, wie kommen wir denn dazu, von Reichs wegen dafür zu sorgen, daß der Zuckerkonsum in die Höhe geht, während gleichzeitig der Konsum zurückgeht? Weil unter Geheißgebung es ermöglicht, daß wir einen Zuckerring, einen Zuckerhändler, der den Zucker über das Maß hinaus verteuert, der alle Zwischenhändler zwingt, von ihm zu kaufen, widrigenfalls er sie zu Grunde richtet, und der auch mit dem Ertrage, den er heute hat, noch nicht zufrieden ist und offen zugiebt, daß sein Bestreben darauf gerichtet ist, noch mehr herauszubekommen. Durch den Zuckerring wird dieser Ring noch mehr gegen jede Konkurrenz geschützt und nun soll ihm durch Befreiung der etwaigen Konkurrenz des Saccharins noch weiterer Schatz gewährt werden. Warum soll der deutsche Steuerzahler immer dazu verurteilt werden, auch den notleidenden Zuckerbaronen zu Hilfe zu kommen. Schließlich wird das ganze Deutsche Reich nichts weiter als eine Reichs-Armenunterstützung für die reichen Leute, wobei immer die ärmsten Leute am meisten dran glauben müssen. Im vorliegenden Gesetzentwurf ist eine Steuer von 80 M. auf das Kilo vorgesehen. Im Großhandel kostet das Kilo aber nur 10 M., die Steuer beträgt also das Achtfache. Man verteidigt die hohe Steuer damit, daß das Saccharin von geringem wirtschaftlichen Wert sei. Es ist doch aber für die armen Leute sehr wichtig. Wenn jemand statt sich für 17,50 M. Zucker zu kaufen, dieselbe Menge Saccharin kauft, so bezahlt er dafür nur 80 Pf. Kauft er sich nun für die ersparten 16,70 M. Kartoffeln oder Brot oder Fleisch, so erhält er dafür Nahrungsmittel, die bedeutend mehr Nährwert haben, als der Zucker, den er sich dafür hätte kaufen können. Es ist also für den armen Mann sehr rationell, sich statt Zucker Saccharin kaufen zu können. Insofern siehe ich auf einem anderen Standpunkt als 1898, infolge der verderblichen Wirksamkeit des wucherischen Zuckerringes, die den Zucker so kolossal verteuert. Gegen diesen Zucker Front zu machen, ist Aufgabe des Reichstages. Wenn andere Länder das Saccharin besteuern haben, so liegt das eben daran, daß auch dort, wie z. B. in Belgien, Frankreich und Rußland die Agrarier regieren. Die ganze Zuckersteuer-Gesetzgebung ist total verkehrt. Selbst der Basche verurteilt heute schon sein eignes Kind. Er meint, der Zuckerindustrie wäre wohl, wenn die Verbrauchsabgabe aufgehoben würde. Aber das geht jetzt nicht mehr, weil der Staat die 120 Millionen, die die Verbrauchsabgabe abwirft, nicht mehr entbehren kann, und das haben Sie verstanden.

Graf Kanitz glaubte den Sammelzug und die Zolldefraudationen nicht zu sehr fürchten zu müssen. Sie sind doch aber gerade beim Saccharin außerordentlich leicht möglich, und wir sollten nicht Gesetze machen, von denen man von vorn herein sieht, daß sie undurchführbar sind, die nicht nur ein Schlag ins Wasser sind, sondern ein Schlag in die Pfütze, durch den allerlei Unrat aufgewirbelt wird. Welche wiederwärtige Kontrollmaßregeln werden da vorgeesehen! Da sollen die Arbeiter, die die Fabrik verlassen, körperlich untersucht werden können. Und das alles bloß, damit der Zuckerring, der jetzt schon ein glänzendes Geschäft macht, weiter geschützt wird. Dafür sind meine Freunde und ich nicht zu haben. (Verfall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Paasche (nall.):

Herr Wurm meinte, ich hätte mein eigenes Kind, die Zuckersteuer, verteidigt. Ich bin aber nicht der Vater der Zuckersteuer. Sie hat bestanden, lange ehe ich wirkte. Höchstens für die bestehende Form könnte man sich verantwortlich machen, und die habe ich nicht preisgegeben. Herr Wurm hat seine Ansicht über die Höhe der Zuckersteuer sehr geändert. Am 26. Januar 1898 sagte er: „Was bedeutet nun eine Steuer von 80 Mark! Wer betragen will, wird auch bei einer solchen Steuer weiter betragen.“ Damals wurde das Saccharin-Gesetz vom Reichstag mit seltener Einstimmigkeit angenommen und nur Herr Hertel erklärte sich dagegen. Als er das Saccharin ein Genußmittel nannte, entgegnete Herr Wurm ihm höhnisch, kein Genußmittel, sondern ein Betrugsmittel sei es. Damit stimmt es doch nicht überein, wenn er sich heute hinstellt und sich darüber beklagt, daß man ein „Genußmittel“ der Armen und Ärmsten besteuern wolle. Die Kleinbändler preisen das Saccharin, weil sie daran viel mehr verdienen als am Zucker. Ein Betrugsmittel ist und bleibt das Saccharin. Herr Wurm hat ja so treffend ausgeführt, worin das Betrügerische liegt und deshalb müßte er mindestens dem ersten Teil des Gesetzes zustimmen. Früher wurde den Arbeiterkindern nachher Zucker gegeben, heute bekommen sie das wertlose Saccharin. Das soll das Gesetz verhindern. Ohne die Steuer würde der Zucker das billigste Nahrungsmittel sein. (Abg. Wurm: Ja, ohne die Steuer.) Niemand wäre froher über den Wegfall der Steuer als die Zuckerindustrie. Aber der Staat braucht die Zuckersteuer. Ebenso berechtigt aber wie die Zuckersteuer ist die Saccharinsteuer. Die Regierung hat sich bei dem Gesetz nicht dem Befehl des Herrn Hertel, sondern einem Befehl des Reichstages gefügt, der mit großer Mehrheit gefaßt ist. Die im Gesetzentwurf vorgeschlagene Steuer wird näher geprüft werden müssen. Ungeachtet kann ich den Satz von 80 M. nicht finden, eher wird man noch höher gehen können. (Bravo! rechts und bei den National-liberalen.)

Reichstagssekretär Herr v. Thielmann:

Als die Regierung die Vorlage einbrachte, glaubte sie damit einem allgemeinen Bedürfnis zu entsprechen. Heute hat sich nun Herr Wurm principiell gegen die Vorlage erklärt. Ich glaube, daß mit dieser principiell ablehnenden Haltung die Partei des Herrn Wurm allein stehen wird. Zudem steht die heutige Haltung des Herrn Wurm in direktem Widerspruch mit seiner eignen Haltung noch vor drei Jahren. Damals sagte Herr Wurm, durch die Zulassung von Saccharin werden die Waren im Interesse der Konsumenten nicht verbilligt, sondern nur verschlechtert. Er sagte an einer anderen Stelle, das Publikum habe gar kein Interesse daran, daß das Saccharin als Nahrungsmittel an Stelle des Zuckers trete. Auch von anderen Parteien sind Einwendungen erhoben worden. So hat Herr Sped das Gesetz auf eine bestimmte Reihe von Jahren befristet wollen. Das hätte ich für ganz verfehlt. Erweist sich ein Gesetz als unpraktisch, so kann es jederzeit abgeändert werden. Aber ein wirtschaftliches Gesetz von vornherein zu befristen, das hat seine großen Anzuträglichkeiten nicht nur für die Regierung, sondern auch für alle Kreise. Von mehreren Rednern ist die Frage aufgeworfen worden, wer denn die Erlaubnis zum Verkauf des Saccharins erhalten soll. Genau ist heute der Kreis dieser Personen nicht anzugeben, aber die Regierung denkt nur solche Personen zu befrichtigen, deren ganze Geschäftsführung die Garantie bietet, daß sie keinen Mißbrauch mit der Konzession treiben werden. Wenn Herr Wurm meint, daß die Kosten der Kontrolle dem Steuerertrage gegenüber viel zu hoch sein werden, so teile ich diese Ansicht nicht.

Abg. Eichhoff (fr. Sp.):

Der Herr Schatzsekretär sagte, mit der principiell ablehnenden Haltung werde die Partei des Herrn Wurm allein bleiben. Das ist nicht richtig. Meine Partei teilt den Standpunkt des Herrn Wurm durchaus. Auch wir kommen zu einer principiell ablehnenden Haltung gegenüber der Vorlage. Die Rechte hat mit außerordentlicher Energie ihr Ziel verfolgt, die Regierung aber ist vor ihr mutig Schritt um Schritt zurückgewichen. Jetzt schlägt sie eine hohe Besteuerung und eine starke Verbrauchsbeschränkung vor, während noch im Februar dieses Jahres Freiherr v. Thielmann nur das eine oder andre gewähren wollte. Es ist ja möglich, daß man im Laufe der Zeit zu einer Besteuerung des Saccharins kommen kann, aber das Prinzip der hier vorgeschlagenen Besteuerung halten wir für vollkommen ungerecht. Der Zuckerverbrauch ist nur in ganz geringem Maße vom Saccharinverbrauch abhängig und die Furcht unbegründet, daß Saccharin dem Zucker wesentlich Konkurrenz bereiten könnte. Der Zuckerverbrauch hängt vor allem vom Zuckerpreis ab, den der Zuckerring möglichst hoch schrauben will. Selbst die Engländer, die in ihrer Wehrkraft jetzt das Saccharin besteuern wollen, denken mir an eine Steuer von 125 Pf. für die Unge, während hier 225 Pf. für die Unge vorgeschlagen werden. Es ist in keiner Weise dargelegt, daß der Genuß von Saccharin gesundheitsschädlich oder auch nur verdauungsstörend sei. Uebertriebene Mengen dürfen freilich nicht verzehrt werden, aber das gilt auch für jedes Nahrungsmittel. Die Konservativen verlangen sogar den Zwang, aber soweit ist die Regierung nicht gegangen. Die Anwendung von Saccharin in der Nahrungs- und Genußmittel-Fabrikation könnte unter Deklarationszwang gestellt und die Unterlassung der Deklaration bestraft werden. Die Vorlage aber will die Verwendung von Saccharin ohne weiteres als Fälschung bestrafen. Das ist sehr einseitig. Die Zeit zu einer Besteuerung des Saccharins scheint uns heute noch nicht gekommen. Wir tapen noch völlig im Dunkeln über die finanzielle Wirkung der vorgeschlagenen Besteuerung, deren Höhe in Verbindung mit den Verbrauchsbeschränkungen das Gesetz für uns unannehmbar macht. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Hilde-Kaiserlautern (Bund der Landwirte)

polenisiert gegen den Abg. Wurm. Herr Wurm nannte das Saccharin ein Genußmittel. Ich verstehe nicht, wie die Herren gerade dieses Genußmittel nicht besteuern wollen. Bei der Saccharinfabrikation werden doch nur weit weniger Arbeiter beschäftigt, als bei der Zuckerraffination, die zurückgehen würde, wenn das Saccharin nicht hoch besteuert würde. Also die Herren der äußersten Linken handeln wieder einmal nicht im Interesse der Arbeiter, sondern einiger weniger Großfabrikanten. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Haltung des Centrums ist mir unverständlich. Gerade diese Partei hat doch Vorlage dieses Gesetzes verlangt, während ihr Kleiner heute einen ganz Teil ablehnende Haltung gegenüber der Saccharinbesteuerung einnimmt. Wir wollen allerdings die Befreiung der Saccharinfabrikation. Wir haben im Interesse der Konsumenten und der Arbeiter gar keine Veranlassung, die Surrogatproduktion in Deutschland aufkommen zu lassen. Die heutige Saccharinfabrikation repräsentiert die Zurückdrängung von 100 000 Morgen Ackerbau. (Hört! hört! rechts.) Und wie wichtig die Zuckerproduktion ist, hat Ihnen Herr Paasche klar auseinandergelegt. Unzweifelhaft hängt die zunehmende Kindersterblichkeit eng mit dem Ertrag des Zuckers durch Saccharin zusammen. Leider hat die Regierung nicht die Energie gehabt, das Gesetz in der That wirksam zu gestalten. Wir sollten uns ein Beispiel nehmen an den praktischen Engländern, die in drei Tagen mit den doktrinären Anschauungen auf diesem Gebiet total gebrochen haben. Soffentlich arbeitet die Kommission in diesem Sinne. (Bravo! rechts.)

Abg. Schrader (fr. Sp.):

Wir sind principiell Gegner der Vorlage. Wir wollen nicht einen Industriezweig nur deshalb besteuern, weil er einem anderen Industriezweig Konkurrenz macht. Ebenso gut könnte man die Spiritusindustrie bestrafen wollen, weil sie dem Gas für Beleuchtungswecke Konkurrenz macht. — Im übrigen ist das Saccharin dem Zucker wirklich nicht gefährlich; es wird eben in Kreisen konsumiert, für welche der Zucker zu teuer ist. — Die Erhebung des vorgeseheneu Zolls ist ganz undurchführbar. Es können Quantitäten, die 80 bis 100 Mark wert sind, bequem in der Tasche mitgeführt werden. Unter diesen Umständen ist die Verhinderung der Defraudation eine viel zu große und die Kontrolle undurchführbar. (Sehr richtig! links.)

Abg. Wurm (Soz.):

Herr Paasche und der Herr Staatssekretär haben behauptet, ich hätte heute einen anderen Standpunkt eingenommen wie 1898. Welche Herrn haben aber Stellen aus meiner damaligen Rede wengelassen, auf die es ankommt. Damals handelte es sich um den Gesetzentwurf, der sich auf den gewerblichen Betrieb von Saccharin beschränkte, und ich erklärte allerdings, daß ich die Steuer von 80 M. für unzureichend hielt, aber nur aus dem Grunde, — und dies haben die Herren nicht erwähnt — weil diese Steuer die im großen arbeitenden Betrüger nicht daran hindern würde, das Saccharin zur Fälschung von Nahrungsmitteln zu benutzen. Heute aber handelt es sich außer dem noch um den Privatbetrieb. Ich habe meine Auffassung nicht geändert, wohl aber der Herr Staatssekretär, der damals erklärte, daß ein Eingangszoll auf Saccharin unmöglich sei. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr Paasche hat auch heute wieder gesagt, daß keiner froher wäre als die Zuckerindustrie,

wenn sie die Steuer los wäre. Wenn Herr Paasche sagte, daß der Zucker an und für sich das billigste Nahrungsmittel wäre, so hat er dabei eben weggelassen: „ohne die Steuer!“, denn durch die Steuer wird der Zucker zu einem der teuersten Nahrungsmittel. Herr Köpcke hat heute als Vertreter der deutschen Konsumenten aufgeführt, Herr Köpcke der Vorkämpfer des Bundes der Landwirte, der Führer im Kampfe für hohe Kornzölle und Brotverteuerung. Wenn heute große Massen der armen Bevölkerung sich keinen Zucker kaufen können, so ist das gerade die Schuld der Herren, die die Zuckergebung inaufragiert haben und jetzt die Förderer des Zuckerrings sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Unter den jetzigen Verhältnissen müssen wir uns fragen, welches ein größerer Betrag ist, wenn jemand seine Limonade mit Saccharin statt mit Zucker gesüßt wird, oder wenn ich jemand ein Nahrungsmittel, das 12 Pf. wert ist, mit 32 Pf. verkaufe.

Herr Köpcke hat sich heute als Vertreter der Arbeiterinteressen aufgeführt. Er meinte, die Arbeiter werde Arbeitslosigkeit entgegen, wenn die Zuckerproduktion durch die Saccharinfabrikation zurückgedrängt werde. Bei Ihrer (nach rechts) Sozialpolitik lassen Sie sich durch solche Rücksichten nicht im geringsten bestimmen. Im übrigen ist es durchaus unrichtig, daß die Zuckerproduktion in erheblichem Maße unter der Konkurrenz des Saccharins zu leiden

hat. Herr Paasche will nicht der Vater der Zuckersteuer-Gesetzgebung. Herr Hertel nicht der Vater des Saccharin-Gesetzes sein. Thatsache ist aber, daß die Regierung das Gesetz genau nach der Anregung ausgearbeitet hat, die ihr Herr Hertel seiner Zeit gegeben hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Speck (L.):

Vom Standpunkt der Volksvertretung halte ich es für gut, das vorliegende Gesetz zu beschließen, denn es läßt sich wirklich noch nicht absehen, welche Wirkung die Steuer haben wird. Mit der Zustimmung zu der Resolution haben wir uns durchaus nicht auf den jetzt vorgeschlagenen Steuerfuß festgelegt.

Abg. Dr. Paasche (natl.):

polemisiert gegen den Abg. Wurm und sucht aus früheren Reden des Abg. Wurm zu beweisen, daß Wurm heute einen ganz andern Ton anschlägt, als vor drei Jahren. Nicht die Verhältnisse haben sich geändert, sondern Herr Wurm hat seine Ansicht geändert. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Köpcke-Kaiserlautern (S. d. L.):

polemisiert gegen den Abg. Wurm, der heute das Genußmittel zu Ungunsten des Nahrungsmittels bevorzugt. Herr Wurm hat heute Ausdrücke wie Zuckerbarone, Zuckerwucher gebraucht. Gewiß ist es

Wucher, wenn man übertriebene Preise fordert, aber eben solcher Wucher ist, wenn man, die Notlage des Betreffenden ausnützend, ihn zwingt, Preise zu nehmen, bei denen er nicht bestehen kann. Und das wollen die Herren auf der Linken. (Huh! huh! links.)

Hiermit schließt die Diskussion.

Persönlich bemerkt

Abg. Dr. Hertel (L.):

Herr Köpcke sowohl wie ganz besonders Herr Wurm haben mich der Vaterlichkeit an diesem Gesetzentwurf bezeugt. Ich lehne diese Vaterlichkeit ausdrücklich ab. Durch bloße Anregung wird ein Mensch nicht Vater. (Große Heiterkeit.) Wenn ich aber der Vater dieser Vorlage wäre, so würde sie, meiner ganzen körperlichen und politischen Konstitution entsprechend, etwas derber und kräftiger ausgefallen sein. (Erneute große Heiterkeit.)

Die Vorlage wird einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Erste Beratung der Novelle zum Branntweinsteuer-Gesetz.)

Schluß 5 1/2 Uhr.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 23. April.

Spernhaus. Carmen. Anf. 7 1/2 Uhr.

Schauspielhaus. Was ihr wollt. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues Opern-Theater (Kroll). Geschlossen.

Schiller. Der Sternhüter. Hierauf: Ein Nadelnwater. Anfang 8 Uhr.

Deutsches. Rosenmontag. Anfang 7 1/2 Uhr.

Reising. Die Zwillingsschwester. Anfang 7 1/2 Uhr.

Berliner. Berlin bei Nacht. Anfang 7 1/2 Uhr.

Reichshallen. Leontine's Gemächer. Vorher: Freuden der Hochzeitsreise. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues. Was ihr wollt. Hierauf: Bauern-Theater. Anfang 7 1/2 Uhr.

Westen. Das Mädchen des Gremien. Anfang 7 1/2 Uhr.

Seccionsbühne. Bunttes Theater. Hierauf: Ein Nadelnwater. Anfang 7 1/2 Uhr.

Thalia. Die schöne Helena. Anfang 7 1/2 Uhr.

Central. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.

Palast. Ein verarmter Edelmann. Anfang 8 Uhr.

Friedrich-Wilhelms-Theater. Der Damschneider. Anfang 7 1/2 Uhr.

Carl Weiss. Ein weiblicher Majeppa. Anfang 8 Uhr.

Belle. Alliance. Gastspiel der Schwarzwälder. Die Gie vom Erlenhof. Anfang 8 Uhr.

Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Man lebt ja nur einmal. Anfang 7 1/2 Uhr.

Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Frau Luna. Anfang 8 Uhr.

Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Der Fotograf. Anfang 7 1/2 Uhr.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.

Passage-Theater. Damen-Ringspiele. Hierauf: Der Fotograf. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theaterhaus) Abends 8 Uhr: „Unser Rhein von der Quelle bis zur Mündung.“

Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr. Sternwarte.

URANIA

Taubenstr. 48/49.

Im Theater

Dienstagabend 8 Uhr:

Unser Rhein

von der Quelle bis zur Mündung.

Invalidenstr. 57/62.

Tägl. Sternwarte.

Friedrich-Strasse 165

Castans Panopticum

Entree 50 Pf.

Kinder die Hälfte.

Passage-Theater

Anfang 8 Uhr.

Ende 11 Uhr.

Die Ringkämpfe finden täglich um 6 u. 10 Uhr statt.

Heute Dienstag 10 Uhr

Ringkampf

Kogenio

Wermke

deutsche Meisterkämpferin, gegen

Betty Laars

dänische Meisterkämpferin.

Moritz-Parli gegen Oerka-Berlin

Garret-Parli gegen Clanton-Berlin

Apollo-Theater

Friedrich-Strasse No. 218

Täglich

Phänomenal ausgestellt

Colossal andant

FRAU LUNA

Noch nie dagewesener

Erfolg

Das imposante Programm.

Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstr. 22.

Das große April-Programm.

Kleiner Nachtrag!

8 1/2 Uhr! 8 1/2 Uhr!

Der Walzerkönig.

Gr. Vosse m. Gesang u. Tanz in 3 Akten von Mannhöl.

Amadeus Höpner, Regisseur.

Direktor Richard Winkler.

Das Photoscop.

Lebende Photographien in niegeheimer Pracht und Größe.

Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.

Weil! Schluss der diesjährigen Saison am 30. April cr. An diesem Tage sind sämtliche Ehren- und Vorzugskarten zum letzten Male gültig.

Deutsche Konzerthallen

An der Spandauer Brücke 3.

In den 5 Riesenbögen:

Täglich: Internationale

Künstler-Konzerte.

4 ausländische Kapellen.

Im 6. und 7. Bogen: Theater-Abteilung: „Die Bohème“ (Künstler-Variété).

Metropol-Theater

W., Behrenstraße 55/57.

Nur noch 8 Vorstellungen

Man lebt ja nur einmal

und das April!

Specialitäten-Programm.

Anf. 7 1/2 Uhr, der Post 1/2 9 Uhr.

Manchen überaus gefastet.

Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstr. 132.

Letzte Woche:

Ein weiblicher Majeppa.

Anfang 8 Uhr

Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Sonnabend: Zum 1. Male: Die eiserne Maske. Schauspiel in 5 Akten und 1 Vorspiel. Freitag: Opern-Gastspiel. Der Postillon von Constance.

W. Noacks Theater.

Brennenstraße 16.

Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:

Theater-Vorstellung.

Ihre Familie.

Vollständ. mit Gesang in 4 Akten von E. und G. Engel.

Nach der Vorstellung:

Tanzkränzchen.

Nur noch 10 Tage!

Cirkus Busch

Dienstag, den 23. April cr., abends 7 1/2 Uhr:

Elite-Gala-Abend

Auftreten d. berühmten amerikanischen

Pferdebändigers

Prof. Norton B. Smith. Besonders hervorzuheben: Die gefährliche Fahrt unter der Teufelsbrücke.

Vorzüglichste

Program-Nummern.

Zum Schluss zum 1. Male:

Die eiserne Maske.

Le masquo de fer.

Großes historisches Manège-Schauspiel in 4 Akten und 3 Hauptbildern.

Unter anderem: Die Jagd bis in die Grotte des Königs.

Weil! Sonntag, den 24. April, zwei große Gala-Vorstellungen.

Nachm. 4 Uhr und abends 7 1/2 Uhr.

Rachmittags 4 Uhr: Auf allgemeinen Wunsch: Die eiserne Maske, wozu jeder Erwachsene 1 Kind frei hat.

Reichshallen

Stettiner Sänger.

Zum Schluss: Pepita vor Gericht.

Anfang: 8 Uhr.

Wochentags 8 Uhr.

Sonntags 7 Uhr.

Sanssouci

Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:

Hoffmanns Nordd. Sänger.

Stets wechselndes Programm.

Nach jeder Vorstellung: **Tanzkränzchen**

Wochentags Vereinsbillets gültig. Tanz frei.

Für die Sommerferien, während welcher die Vorstellungen täglich im Garten stattfinden, sind noch Sonnabende für Vereine frei.

Passage-Panopticum.

Neu!

Singhalesen-Truppe

(Die kolossale Indierin.)

Marionetten-Theater.

Entree inkl. Passage-Theater (so weit der Raum reicht) 50 Pfennige. Kinder 25 Pfennige.

Herren-Anzüge.

u. Paletots, eleg. Ausführung, auch nach Maß, geg. Kasse u. Teilzahlung. Landsbergerstr. 13.

J. Kurzberg, part. kein Laden.

92 Leipziger Straße 92.

Ausstellung moderner Kunststickereien

angefertigt mit der

Original Singer Nähmaschine

vom 23. April bis 3. Mai. — Geöffnet von 10 bis 8 Uhr.

Eintritt unentgeltlich.

Wir erlauben uns zum Besuche dieser interessanten Ausstellung ergebenst einzuladen.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.

1373L*

Frühere Firma: G. Reiblinger.

Riesen-Walfisch

21 Meter lang. 150 000 Pfd. schwer.

Volständig geräuchert!

Zu besichtigen im großen amerikanischen Riesenzelt von morgens 10 Uhr bis abends 10 Uhr. Eintrittspreis 20 Pf.

Alexanderstraße, Ecke der Magazinstrasse.

Eugen Joachims Möbelfabrik

Neue Königstraße 59, nahe Alexanderplatz.

Großer Möbelspeicher. Spezialgeschäft für kleine und mittlere Wohnungseinrichtungen. Teilzahlung unter den günstigsten Bedingungen gestattet. Beamten mit ganz geringer Anzahlung. Ganz besonders zu empfehlen ist der große Vorrat verlebten gewesener und gebrauchter Möbel, die wie neu sind und billig abgegeben werden. Brautleute, welche eine dauerhafte und billige Einrichtung kaufen wollen, bitte ich, ohne jeden Kaufzwang mein tollofales Lager vor Einkauf zu besichtigen. Verlangen Sie mein Musterbuch gratis und franco. Durch größere Masseneinfäufe und Erparung der teuren Kabinette bin ich im Stande, hübsche und geschmackvolle Wohnungseinrichtungen für 150 bis 10 000 M. zu liefern. Kommode 17, Badstube, Döner mit Sitzauszug 35, Spiegel 6, Kuchenschneider 36, Bettstelle mit Matratze 21, Stühle 3, alle Arten Küchenschränke, Aufbaum- und Mahagoni tourmentierte Kleiderstühle, Vertikows 36 M., Kuchenschneider mit Sprungfedermatratze 38, elegante Säulenträume 45, Bücherstühle, Salon-garnituren 105, Buffet oder Kist, feine Garnituren, sehr wenig gebraucht, spottbillig. Ganze Speisezimmer und Schlafzimmer. Gekaufte Möbel können beliebige Zeit bei mir kostenlos lagern. 9412*

Künstl. Zähne

ohne Entfernung der Wurzel

Schmerzloses Zahnziehen.

Plomben sowie sämtliche Zahnoperationen schmerzlos.

Teilzahlung per Woche 1 Mk.

Meine 15 jährige Thätigkeit im Beruf bürgt für exakte und gewissenhafte Ausführung.

11552*

Franz Steffens, Rosenthalerstr. 61, Ecke Steinstrasse.

J. Brünn

(Bahnhof Börse) Hackescher Markt Nr. 4.

11902*

Wegen Umbau und Erweiterung der Geschäftsräume gelangen große Lagerbestände meiner

Teppiche! Gardinen!

zu außergewöhnlich billigen Preisen zum

Anverkauf!

Einzelne fehlerhafte Exemplare

für die Hälfte des Wertes.

Möbel

und Wohnungs-Einrichtungen zu Fabrik-Preisen.

Eigene Werkstätte im Hause.

Tischlermeister,

Bukow, Invalidenstr. 13.

Lager: Barthele u. L. Gasse.

Gardinen

Reinheiten. Seccions- und Jugendstil, circa 250 Muster. Katalog (450 Illustrat.) franco. Reste von 2-6 Fenster unter Preis.

Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. 158.

30 Mark

elegante

Herren-Anzüge

nach Mass,

30 Mark

hochfeine

Sommer-Paletots

nach Mass.

Für 10 Mark hohelegante Bekleidungen nach Mass, (1268L*) guter Stoff, tadelloser Sitz!

14 Krausen-Strasse 14,

Tr. Kein Laden. 1 Tr.

Tuch-Reste

hochfeine Raumgarne, Cheviots für Paletots, Hosen, Anzüge, Douvrentöpfe etc.

spottbillig.

P. Adam & Co.

9 Rosenthalerstr. 9

Ecke Magazinstrasse. 13022*

Gelegenheitskäufe!

Paletots, Anzüge, Hosen, Röcke, Operngläser, Teppiche, Kessel, Repolier, Leuchter, Schirme, Stühle, Goldschalen, Uhren, Ketten, Ringe, Reliquien, Sammelstücke, Weizen, Bienen usw. zu spottbilligen Preisen.

Gustav Lucke,

131 Oranien-Strasse 131.

Bruch-Pollmann

empfehlen sein Lager in Bruchhandlungen, Leihbüchern, Geradenbüchern, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtl. Artikel zur Krankenpflege.

Eigene Werkstatt.

Elektant 11062*

für Ort- und Hilfs-Krankenkassen.

Berlin C.

30. Finien-Strasse 30.

Möbel-Magazin Otto & Slotawa, Tischlermeister, Sarg-Magazin

Berlin NW., Bremerstrasse 67. 2. Geschäft: Turmstrasse 81. 8462* und Beerdigungs-Comptoir.

Achtung!

Genossinnen und Genossen! Volksversammlung

Dienstag, den 23. April, abends 8 Uhr, in Kellers Festsaal,
Koppenstraße 29.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag der Genossin Klara Zetkin (Stuttgart) über: Die Frauen in der russischen revolutionären und Arbeiterbewegung. 2. Diskussion.

1/4

Deutsch. Metallarbeiter-Verband (Verwaltungsstelle Berlin).

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Mittwoch, den 24. April, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung für den Norden

im Lokale der Wwe. Schirm, Badstraße 19.

Tages-Ordnung: 1. Der Wert der Konsumgenossenschaften für die Arbeiter. Referent: Fräulein Fanny Imle. 2. Diskussion. 3. Ergänzung zu den Bezirksleitungen. 4. Verbandsangelegenheiten.

Mittwoch, den 24. April, abends 7 Uhr, in der Kronen-
Brauerei, Alt-Moabit 47-49:

Versammlung sämtlicher Arbeiter der Firmen

L. Löwe & Cie., Union, Waffen- und Munitions-
fabrik und Anhaltische Maschinenfabrik.

Tages-Ordnung: 1. Die gegenwärtige Krise in der Metallindustrie und die Aufgaben der Arbeiter. Referent: Adolf Cohen. 2. Diskussion.

Mittwoch, 24. April, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engel-Ufer 15:

Versammlung der Heizungsmonteurs u. Gehilfen.

Tages-Ordnung: Beratung des Recordariffs.
Die Ortsverwaltung.

114/5

Deutscher Buchbinder-Verband. Zahlstelle Berlin.

Morgen Mittwoch, den 24. April, abends 8 1/2 Uhr,
im gr. Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:

Ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Zusatzanträge zur Geschäftsordnung. 3. Wahl eines Mitglieds zum Gauvorstand. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ersucht
Die Ortsverwaltung.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Zahlstelle Berlin.

Mittwoch, den 24. April, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn
Raabe, Kolbergerstraße 23:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Ortsverwaltung und Rechnung derselben. 2. Bericht von der Konferenz. 3. Bericht des Bibliothekars und der Kommission. 4. Verbandsangelegenheiten. — Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht aller Mitglieder zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert.

Zimmerer.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer
(G. G. Nr. 2 Hamburg, örtliche Verwaltung Berlin).

Dienstag, 23. April, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus
(gr. Saal), Engel-Ufer 15:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 1. Quartal 1901. 2. Wahl des Vorstehenden. 3. Verschiedene Kassenangelegenheiten. — Mitgliedsbuch legitimiert.

Bahntechnisches Institut des Vereins deutsch. Bahnkünstler,

Stralauerstr. 18, I (am Wolkenmarkt), Spreng. 9-4.

Bahnziehen und Unterfuchungen der Zähne unentgeltlich.
Plomben u. künstliche Zähne zu niedrigsten Preisen.

Achtung!

Beerdnigungs-Verein Berliner Zimmerleute.

Am 21. d. M. verstarb plötzlich unser
Kamerad, der Zimmerer Herr

Louis Weise

im Alter von 62 Jahren. (8505)
Die Beerdigung findet Mittwoch,
den 24. d. M., nachmittags 5 Uhr,
vom Trauerhause, Ruffenstr. 12, aus
nach dem Glöckner-Kirchhof, Prinzen-
allee, statt. Um rege Beteiligung
erzucht
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Todes-Anzeige.

Am Sonntag früh verstarb unser
Mitglied, der Goldschmied

Georg Meissner.

Die Beerdigung findet heute,
Dienstag nachmittag 5 Uhr, von der
Leichenhalle des Thomas-Kirchhofs
aus statt.
114/4 Die Ortsverwaltung.

Maschinen-Anzüge

in allen Größen.

Anzug 3,00 und 5,50 Mk.

Jacken 1,50 und 2,75 Mk.

Hosen 1,50 und 2,75 Mk.

Carl Stier,

7852*) Oranienstr. 166.

Desillation und Bierlokal Paul Kabelleh, W. Gassmann, Grünthalstr. 68, Ecke Badstraße.

ff. Weibier. — Fernsprecher.

Die Vertrauensperson.

Crös-Krankenkasse

der Steinbrücker u. Lithographen.

Am Dienstag, den 20. April cr.,

abends 8 1/2 Uhr, findet im Vereins-

Saal, Sophienstr. 15, die 1. ordent-

liche Generalversammlung pro 1901

statt. Sämtliche Herren Vertreter der

Arbeitgeber und der Kassensmitglieder

werden hierzu ergebenst eingeladen.

Tages-Ordnung: 1. Abnahme der

Jahresrechnung. 2. Ergänzung für

den Vorstand. 3. Verschiedenes.

J. H. M. Stuhlmann, Vors.,

Stargarderstr. 3A. (8456)

Kranz- und Blumenbinderei

von Robert Meyer,

nur Mariannen-Strasse 2.

Bereits-Kränze, Palmen- u. Blumen-

Kranzengarnis, Bouquets, Guirlandes

u. m. werden sehr u. preiswert geliefert

Beddingpart, Müllerstr. 178.

Für die Sommermonate sind noch

einige Sonnenbänke an Vereine zu

vergeben. (13612*) W. Trapp.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin).

Morgen, Mittwoch, den 24. April, abends 8 1/2 Uhr, bei

Herrn Keller, Koppenstraße Nr. 29:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Kassenbericht vom 1. Quartal. 2. Bericht des Vorstands, der Beisitz-

leiter, der Wirtschaftskontrollkommission und des Arbeitsvermittlers. 3. Aus-

schluss mehrerer Mitglieder. 4. Verbandsangelegenheiten.

Eintritt nur mit Mitgliedsbuch.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

80/14 Die Ortsverwaltung.

Central-Verband der Maurer

(Berlin II., Bezirk Osten).

Am Dienstag, den 23. April, abends 8 Uhr, im Lokal

Andreasstraße 21.:

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung: Der neue Vertrag.

Der wichtigen Tagesordnung zufolge erwarten wir das Erscheinen aller

Mitglieder des Obens. 137/6

Die Verbandsleitung.

Achtung! Rohrer! Achtung!

Mittwoch, den 24. April, nachm. 4 Uhr,

im Lokale des Genossen Wille, Andreasstraße Nr. 26:

Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Lohnkommission. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Die Lohnkommission. 286/20

Achtung! Verein der Blätterinnen Berlins

Sonabend, den 27. April,

im Lokal „Königsbäum“ (Inh. Walter), Große Frankfurterstr. 117:

II. Stiftungs-Fest

verbunden mit Tanz.

Große Kaffeepause. — Vorträge und Überraschungen.

Billets für Damen 30 Pf., für Herren 50 Pf. sind im Arbeits-

nachweis bei Teschner, Wollnistr. 6 zu haben. 168/2

Anfang 8 1/2 Uhr. Ende ???

Um zahlreiches Besuch bittet

Der Vorstand.

J. H. Emma Schulz, Lichtenbergerstr. 23.

Achtung!

Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Am Dienstag, den 23. April, abends 8 1/4 Uhr,

Versammlung

in den „Arminius-Hallen“, Bremerstraße Nr. 70/71.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Dr. Weyl über: „Arbeiterfrage in

bürgerlicher und proletarischer Auffassung. 2. Diskussion. (247/1)

Wahl haben Zutritt. Der Vorstand.

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung! Donnerstag, den 25. April, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal Kösliner Hof, Köslinerstrasse 8:

Partei-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Vertrauensleute und der Revisoren. 2. Vortrag des

Reichstags-Abgeordneten Ledebour über: „Die politische Lage“.

3. Diskussion. (247/2)

Zahlreichen Besuch erwarten Die Vertrauensleute.

Socialdemokr. Wahlverein Lichtenberg. Dienstag, den 23. April, abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung

im Lokale des Herrn Höllich, Frankfurter Chaussee 120.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstands, des Kassierers, des Bibliothekars, der

Zeitungskommission. 2. Entlastung und Neuwahl derselben (§ 9 des

Statuts). 3. Anträge des Vorstands.

4. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Achtung! Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen!

Heute, Dienstag, den 23. April, abends 8 1/2 Uhr

finden zwei große öffentliche

Konfektionsarbeiter-Versammlungen

statt und zwar für den

Norden im Berliner Prater, Kastanien-Allee 7-9,

für den

Süd-Osten bei Graumann, Rannhstr. 27.

Tages-Ordnung:

1. Der Antrag Gehl zu Herrnsheim betr. die Beschränkung der

Heimarbeit (§ 187a der Gewerbeordnung), unsere Stellungnahme

dazu sowie die der 15er-Kommission der Berliner Konfektionäre.

Referenten: Reichstags-Abgeordnete Albrecht und Molkenbuhr.

2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen! Zeigt durch ein zahl-

reiches Erscheinen in diesen Versammlungen, daß ihr ein Interesse an

dieser für die Konfektionsarbeiterfrage so wichtigen Frage habt. Es gilt

gegen die Maßnahmen der Groß-Konfektionäre einträglich Protest zu erheben.

162/11 Der Vertrauensmann.

Achtung! Stellmacher. Achtung!

Donnerstag, den 25. April, abends 8 Uhr, im Englischen Garten,

Alexanderstraße 27c:

Große öffentliche Versammlung der Stellmacher Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Wicenthal über: Was lebt uns die gegen-

wärtige Krise. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Die Kommission. 80/15

1. Bericht und Neuwahl der Lohnkommission. 101/5

3. Verschiedenes. Die Lohnkommission der Kleber Berlins und Umg.

Kleber (Tapezierer).

Am Mittwoch, den 24. April, im Lokal von Janaschk,

Janaschkstr. 10:

Große öffentl. Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Bericht und Neuwahl der Lohnkommission. 101/5

2. Kaffeepause. 3. Verschiedenes.

Die Lohnkommission der Kleber Berlins und Umg.

Zur Mal-Feder

(1879L*)

Tafel-Adeln

per 100 Stüd 4,50 Mk.

Berand gegen Nachnahme !! porto- und spesenfrei !!

Abzeichen-Fabrik H. Guttman,

Berlin N., Brunnstr. 9. — Fernspr. Amt III, Nr. 6442

Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig aus 10 Pf. Anweisung frei.

Dane zweifelt die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min.

fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Entfällt Salicylsäure u. indischen

Vanferkraft.) Dr. H. Unger in Würzburg.

Hauptdepot in Berlin (20 Pf.) Salomon-Apothek, Charlottenstraße.

Greif-Apothek, Barnimstraße 33. — München: Schlitz-Apothek. —

Stuttgart: Hirsch-Apothek. — Breslau: Victoria-Apothek. (4985*)

Das im Stadtteil Moabit als Grösstes bekannte

Turm-Strasse 31, Warenhaus P. Rothenberg, Turm-Strasse 31, Ecke Wilhelmshavener Strasse, Ecke Wilhelmshavener Strasse,

Durch Hinzunahme mehrerer Räume habe ich neu aufgenommen:

Herren-, Knaben- und Arbeiter-Garderoben

und stelle dieselben zu folgenden Preisen zum Verkauf:

Herren-Anzüge.

Herren-Jackett-Anzug von . . . 10,50 M. an
Herren-Rock-Anzug von . . . 24,50 M. an
Anzug nach Mass von . . . 24,— M. an

Herren-Paletots.

Paletots, in grau oder mode von . . 14,— M. an
Eleg. Paletots in allen Farben von . . 17,50 M. an
Paletots nach Mass von . . . 19,00 M. an

Herren-Beinkleider.

Herren-Beinkleider von . . . 2,50 M. an
Eleg. Beinkleider auch helle Must. v. . 3,75 M. an
Hose nach Mass von . . . 5,— M. an

Knaben-Anzüge.

Knaben-Anzüge von . . . 3,25 M. an
Knaben-Mützen von . . . 48 Pf. an
Matrosen-Kragen von . . . 35 Pf. an

Arbeiter-Garderobe.

Maier-Kittel von . . . 1,90 M. an
Monteur-Blusen von . . . 1,40 M. an
Monteur-Hosen von . . . 1,40 M. an

Damen-Konfektion.

Eleg. Jacketts offen u. geschlossen von 3,75 M. an
Damen-Capes extra lang von . . . 3,95 M. an
Blusen-Hemden waschecht von . . . 98 Pf. an

Herren-Wäsche.

Kragen 25 Pf., Manschetten prima von 40 Pf. an
Serviteurs glatt von . . . 18 Pf. an
Krawatten, Schleifen von . . . 3 Pf. an

Herren-Hüte.

Hüte in Woll-Filz in allen Farben von 1,20 M. an
Stroh-Hüte mit Band von . . . 45 Pf. an
Natur-Stöcke von . . . 40 Pf. an

Strümpfe, Schuhe, Schirme.

Socken gestrickt von . . . 15 Pf. an
Stiefel, Gummizug, von . . . 5,90 M. an
Schirme mit Naturstock von . . . 1,50 M. an

Zwirn-Hosen von . . . 1,— M. an

Leder-Hosen von . . . 2,50 M. an

Manchester-Hosen von . . 3,75 M. an

Weiss-Leder-Hosen von 2,90 M. an

Mecklenburg. Schwarz- u. Brandenburg. Landbrote
empf. Großfabrik Stettin, Müllerstr. 31. Niederlag. d. Filiale ebenfalls

 Charlottenburg!
Uhrmacher Kunstmann, Wallstrasse 1.
Reparaturen schnell, durchaus zuverlässig und nicht teuer. (1166L)

Verlag von Max Habel in Berlin.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Der Wahlverein für den zweiten Wahlkreis hält morgen, Mittwoch, in habels Brauerei, Bergmannstr. 5/7, seine Generalversammlung ab. Tagesordnung: 1. Statuten-Änderungen. 2. Bericht des Vorstands. 3. Bericht des Kassierers. 4. Wahl des Gesamtvorstands.

Ueber Arbeiterführung in bürgerlicher und proletarischer Auffassung spricht Genosse Dr. Wegl in einer Versammlung, die heute abend 8 1/2 Uhr der Wahlverein für den sechsten Wahlkreis in den „Arminushallen“, Bremerstr. 70/71, abhält.

Treptow-Baumschulweg. Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, hält der sozialdemokratische Wahlverein bei Richter, Marienhaler- und Treptow-Edel, seine Monatsversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Die Forderung der Klassenbewusstseins und die Kampfesfähigkeit innerhalb unserer Partei? Ferner werden diejenigen Genossen, welche ihre Wohnung gewechselt haben, aufgefordert, die Änderung so schnell wie möglich beim Parteikassierer zu melden.

Kokales.

Die Einführung des Achtstundentages für die Berliner Gemeindeschulen ist der „Volksztg.“ zufolge am Sonnabend von der Lehrplankommission des Provinzial-Schulkollegiums beschlossen worden. Vertreter der Stadt haben in der Sitzung das von der Regierung beantragte Siebenstundensystem erfolglos zu verteidigen gesucht. Der Vertreter des Kultusministeriums, Geh. Regierungsrat Dr. Wäldel, betonte, daß der Lehrplan einer solchen mächtigen Stadt wie Berlin in allen Teilen auf der Höhe der neuesten und besten pädagogischen Anschauungen und Bestrebungen stehen müsse.

Der von den Vertretern Berlins verteidigte Plan verdiente gewiß kein besseres Schicksal als das ihm bereite. Hoffentlich hegt aber andererseits Herr Dr. Wäldel soviel Geschmack im Innern seines Rufens, daß er die heute in preussischen Regierungskreisen maßgebenden Anschauungen über Volksschul-Pädagogik nicht für die besten hält.

Eine Schädigung der Soldaten. In Versammlungen von Wäldermeistern wurde vielfach darüber gellagt, daß die Wälder der Kantinenwirten 25–30 Proz. auf den Preis nachlassen müßten, wenn sie Wälder für Militärkantinisten liefern wollten. Durch dieses Verfahren, so folgerte man, würden die Soldaten, die ihren Bedarf aus den Kantine nahmen, geschädigt, da die Wäldermeister, um bestehen zu können, sich an den Verbrauchern schadlos halten, also nach Gewicht und Beschaffenheit minderwertige Ware liefern müßten. Von der Spandauer Wäldermeisterversammlung wandten sich einige Meister mit einer Eingabe unmittelbar an den Kaiser als den obersten Kriegsherrn. Sie schilderten die Zustände bei den Kantine-lieferungen und fügten hinzu, daß es so wie bei den Wäldereien auch bei den übrigen Geschäften liege. Der Soldat erhalte also in den Kantine für weniger Geld auch weniger oder geringere Ware als in den öffentlichen Geschäften. Die Eingabe hat dem Kaiser vorgelegen und wurde vom Kriegsministerium (Allgemeines Kriegsdepartement) wie folgt beschieden:

Ihre Eingabe ist auf allerhöchsten Befehl an das Kriegsministerium zur Prüfung abgegeben. Nachdem die Prüfung stattgefunden hat, wird Ihnen ergeben mitgeteilt, daß die Kantine-Verwaltung Privatangelegenheit der betreffenden Gruppenkommandeure ist. Es muß Ihnen deshalb anheimgestellt werden, sich unmittelbar an diese zu wenden.

Der Appell an den Kaiser Wilhelm II. hat also augenscheinlich bis jetzt keinen Erfolg gehabt. Es würde nunmehr weniger im Interesse der Wäldermeister als der Soldaten Sache des Reichstags sein, zu prüfen, inwieweit die schweren Beschuldigungen der Wäldermeister zutreffen. Denn wenn die Behauptungen der Herren richtig wären, so läge eine so schlimme Schädigung der Soldaten vor, daß die Volkvertretung sie unmöglich aufheben kann.

In der gestrigen außerordentlichen Sitzung des Magistrats wurde die Beratung über den Entwurf zu der neuen Polizeiverordnung über das nächtliche Schließen der Häuser, die für die Polizeibezirke von Berlin, einschließlich der Hafenbeide, sowie für die Stadtbezirke Charlottenburg, Schöneberg und Niddorf bestimmt ist, fortgesetzt. Der Magistrat beschloß in dieser Sache, die beabsichtigten Beschlüsse, die gegen einzelne Bestimmungen dieser neuen Verordnung, für die ein Bedürfnis nicht zu erkennen ist, von den Beteiligten zur Sprache gebracht worden sind, dem Polizeipräsidenten mitzuteilen. Weitere Schritte kann der Magistrat bei dieser Verordnung nicht thun; es handelt sich um eine Sicherheitspolizeiliche Anordnung, wobei der Magistrat nur zu hören ist.

Ueber die Wirkung von Extra-Unterstützungen auf die Ortsangehörigkeit äußerte sich der Magistrats-Ältester Dr. Herzfeld in einer Versammlung der Armenkommissions-Vorsitzer folgendermaßen:

Es sei eine vielfach verbreitete irige Meinung, daß durch eine Extra-Unterstützung vor Ablauf der gesetzlichen zweijährigen Frist die Erlangung der Ortsangehörigkeit weiter auf 2 Jahre hinausgeschoben werde. Nach den gesetzlichen Bestimmungen ruhe der Lauf der zweijährigen Frist nur während der Dauer der Unterstützung. Dasselbe gelte von sofortigen Extra-Unterstützungen sowie von den vom städtischen Obdach geleisteten sogenannten Miets-Unterstützungen. Die Frist ruhe auch dann, wenn Familienmitglieder, die Ehefrau oder Kinder unter 18 Jahren, unterstützt werden müßten. Voraussetzung aber bei allen diesen Unterstützungen sei die Notwendigkeit der Unterstützung; andernfalls werde die Frist durch die geleistete Unterstützung nicht unterbrochen. Die Armenkommissionen hätten also in erster Linie die Bedürftigkeit des Hilfesuchenden zu ermitteln, die Festsetzung der Unterstützungs-Betrag sei dagegen hauptsächlich Sache der Armenverwaltung.

Die städtische Gesundheitspflege für die Krankenanstalten und die öffentliche Gesundheitspflege hat in ihrer letzten Sitzung über Maßnahmen zur Vereinfachung weiterer Krankenbetriebe beraten und zwar mit Rücksicht darauf, daß die Ingebräunahme des neubauten 4. städtischen Krankenhauses sich voraussichtlich noch etwas verzögern kann.

Wohlangelagerte Warnung. Die Expeditions-, Speicherei- und Kellerei-Berufsgenossenschaft ersucht ein folgendes bekannt zu geben: In sämtlichen Geschäften der Firma A. Jandorf u. Co. sind seit einigen Tagen folgende Anzeichen beobachtet: Schwere Luftvergiftungen, welche sich auf unheimlichen Verletzungen entwickelten, machen es uns zur Pflicht, unsere Angehörigen darauf hinzuweisen, jede, auch die kleinste Verletzung sofort zu melden und sich in sachgemäße ärztliche Behandlung zu begeben. Die Versammlung weniger Stunden genügt oft, unheilbaren Schaden anzurichten. Wir können diese Fürsorge der Herren Unternehmer nur mit Befriedigung begrüßen. Es wäre zu wünschen, daß dieses Vorgehen Nachahmung finde.

Mit gesundheitlichen Maßregeln, die geplant werden, scheinen Erhebungen zusammenzuführen, die seit einiger Zeit in hiesigen Wäldereien gemacht wurden. Die Fragebogen, die von Polizeibeamten in Umlauf gesetzt werden, enthalten auch Fragen nach dem wirtlichen Zustand der Wälder, ob diese eingeschrieben ist, wie viele männliche und weibliche Arbeiter sie beschäftigt, wie alt diese sind, wie viel Stunden die Arbeitszeit und die Pausen betragen, ob in Nacht- oder Tageszeiten gearbeitet wird u. s. w.

Eine Frage an die Postbehörde. Ein Leser schreibt uns: Könnte nicht durch den „Vorwärts“ die Postbehörde darauf aufmerksam gemacht werden, daß es in sanitärer Hinsicht angebracht wäre, in den Räumen, wo „Kanten“ ausgezahlt werden, Spundnäpfe aufzustellen. Der Fußboden steht dort zu Zeiten sehr bedenklich aus. Eine „Reform“, zu der sogar Herr v. Thiele sich aufgeschwungen hat, ist vielleicht auch im Reiche des Herrn Pöbelski durchführbar.

Diebstahl auf dem Kirchhof. Daß auch am Ruheplatz der Toten das Diebstahlsverbrechen gelte, mußte die Frau des Richters Pfaff aus der Reustetterstr. 18 erfahren. Als sie Freitag den Johannis-Kirchhof in Plöthensee besuchte, ließ sie am Eingang einen Sportwagen stehen, worin sie bis dahin ihre Kinder befördert hatte. Es ist nämlich unterjagt, mit Kinderwagen auf den Wegen des Friedhofs zu fahren. Als die Frau zurückkehrte, war der Wagen verschwunden; nach den Beobachtungen einer Blumenverkäuferin hat eine Frauensperson ihre Kinder in den Wagen gesetzt und ist dann mit der Beute davon gefahren. Derartige Diebstähle sollen schon häufig vorgekommen sein, weshalb es wohl am Platze wäre, daß die Friedhofsverwaltungen für eine geeignete Stätte sorgten, an der man Kinderwagen z. B. in Aufbewahrung geben kann.

Die „Staatsbürger-Zeitung“ teilt mit, daß in der Angelegenheit des von ihr beleidigten Justizrats Cassel Montagvormittag eine ergebnislose Hausdurchsuchung nach dem Manuskript des Artikels stattgefunden hat.

Das bei dem Baumglück am Hause Klosterstr. 4 am Sonnabend verunglückte und gestorbene junge Mädchen war die 19jährige Tochter des Kaufmanns Herrmann aus der Lothringersstr. 55. Sie war in dem Geschäft von S. Wendt, Klosterstr. 48, angestellt, kam sonst sehr pünktlich vom Geschäft zurück, hatte aber gerade am Sonnabend noch einige Befragungen übernommen, so daß ihr Ausbleiben anfangs nicht auffiel. Als sie aber auch bis abends 10 Uhr nicht zurück war, wurden die Angehörigen ängstlich, und der Vater wandte sich an die Polizei, von der er dann das Unglück erfuhr.

Gefränktes Ehrgefühl hat das 20 Jahre alte Dienstmädchen Marie Galda, die Tochter einer Bauarbeiterswitwe aus der Straßburgerstr. 61, in den Tod getrieben. Ihrer Herrschaft waren zwei silberne Löffel und eine silberne Gabel weggenommen und man beschuldigte das Mädchen des Diebstahls. Auf das tiefste gekränkt verließ die Beschuldigte unter einem Vorwande abends die Wohnung und kam nicht wieder. Löffel und Gabel fanden sich wieder, aber das Mädchen blieb verschwunden. Gestern landete man die Unglückliche am Sühweg in Charlottenburg als Leiche aus dem Wasser.

Ob dieser tragische Vorfall die „Herrschaffen“ veranlassen wird, etwas weniger leichtfertig mit Beschuldigungen bei der Hand zu sein und zu bedenken, daß auch ein Dienstmädchen Ehrgefühl hat?

Verhaftung eines Ministerialbeamten. Der Geheimsekretär im Ministerium des Innern Robert Weder, 29. J., ist wegen Untreue und Unterschlagung verhaftet worden. Auf Anweisung des Justizministers hat die Untersuchungs- und Verhaftungsstelle die auf diese Weise angewiesenen Beträge von der Kasse erhoben. Ferner hat er amtliche Gelder, die er an sich gebracht hatte, unterschlagen. Der Betrag seiner Vermittlungen betrug sich auf etwa 8000 M. Weder, der seit 15 Jahren im Staatsdienst stand, bezog ein Jahresgehalt von 5000 M.

Von Brandstiftung heimgeführt wurde in vorletzter Nacht das Grundstück Amsterdamerstr. 33, was um so bemerkenswerter ist, als hier um innerhalb drei Monaten sechsmal Feuer ausbrach, das jedoch bisher immer im Keime erstickt werden konnte. Diesmal ist jedoch der größte Teil des Dachstuhl vom Elemente zum Opfer gefallen. Kurz vor 4 Uhr bemerkten Passanten von der Straße aus, daß hohe Flammen aus dem Dache emporloderten und schlugen Alarm. Der zahlreich anwesende bewachte sich große Aufregung, da sich nicht nur eine starke Veranlassung bemerkbar machte, sondern verschiedene von ihnen nicht versichert waren. Auf dem Hofe standen in einem Stalle zwei Pferde des Tierhändlers Antsch. Ein Antsch der letzteren besitzte sich, die Tiere in Sicherheit zu bringen und fand dabei, daß auch im Stalle ein Brandherd vorhanden war. Durch ein gewaltig umgehobenes Drahtgitter, das die Stelle eines Fensters vertritt, war Brennstoff in den Stall geworfen, der weiter, Stallentfesseln und Geschirre angezündet hatte. Jedenfalls sollte durch den doppelten Brandherd die Gefahr vergrößert werden. Die Feuerwehr brachte den Dachstuhlbrand nach einständiger Arbeit zum Stehen, doch währten die Aufräumarbeiten noch zwei Stunden.

Eine Diebstahlsbande, die gewohnheitsmäßig in den Vorzimmern der Kertze stahl, ist in der Nacht zum Montag festgenommen worden. Man fand bei den Verhafteten noch eine Menge ärztlicher Gebrauchsgegenstände, ferner Drogen, die Patienten oder Kertzen gestohlen wurden, wie ein Portemonnaie, Lederzieher, Siegelringe usw. Die Eigentümer können diese Sachen im Zimmer 37 des Polizeipräsidiums in Empfang nehmen.

Durch einen Absturz aus dem dritten Stock verunglückte gestern, Montagvormittag, der 38 Jahre alte Arbeiter Max Ulrich aus der Gubstrasse in der Stralauer Teppichfabrik, in der ein neuer Jahrstuhlgang wird. Der Mann durchschlug ein Glasdach und zog sich außer einem Unterarmbruch am ganzen Körper Verletzungen durch Glassplitter zu. Er mußte mit künstlicher Rettungswagen nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden.

Durch die Straßenbahn verunglückt ist am Sonntag nachmittag am Alexanderplatz die 55jährige Frau Bertha Pulvermacher, Linsenstr. 20. Sie stieg mit ihrer 19jährigen Tochter an der Ecke der Neuen Königstrasse und des Alexanderplatzes von einem Straßenbahnwagen ab und kam durch einen entgegenfahrenden Wagen so schlimm zu Fall, daß sie auf dem Transport nach der Unfallstation starb.

Orgelkonzert. Frau Marie Kornat, Fräulein Enequist, Fräulein Gernold, der Geistl. Herr Paul Trefl und Herr Hans Engel wirkten mit beim Orgelkonzert des Musikdirektors Otto Dienel in der Marienkirche am Mittwoch, den 24. April, mittags 12 Uhr. Der Eintritt ist frei.

Arbeiter-Bildungsschule. Dienstag, den 23. April, Gesehskunde (deutsche Reichs- und preussische Staatsverfassung); Vortragender: Rechtsanwalt Viktor Frankl. Donnerstag, den 25. April, Nationalökonomie (das Genossenschaftswesen); Vortragender: Fräulein Fanny Imle. Freitag, den 26. April, Rede-Übung (Referate und Diskussionen über Thematika aus dem sozialen, gewerkschaftlichen und geistigen Leben); Vortragender: Dr. Rudolf Steiner. Die Vorträge von Herrn Dr. Steiner „Welt- und Lebensanschauungen von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart“, Auszug aus Vorträgen, gehalten vom Januar bis März 1901 in der Arbeiter-Bildungsschule“ ist zum Preise von 25 Pf. in der Bibliothek zu erhalten. Nach zahlreichen Besuch der Versammlung und Unterrichtsabende steht entgegen Der Vorstand.

Berliner Adreßbuch. Der Nachtrag zum diesjährigen Adreßbuch gelangt heute ab zur Ausgabe. Das Buch wird allen Abnehmern des Jahrgangs 1901 in der Haupt-Expedition des „Berliner Lokal-Anzeigers“, SW., Zimmerstr. 37/41, und in dessen sämtlichen Filial-Expeditionen bis Ende Mai cr. unentgeltlich verabfolgt.

Das Rennen im Sportpark Friedenau litt am Sonntag unter einem schlimmen Unfall. Beim Hängsitzkilometer-Rennen platzte am Schrittmacher-Apparat des Herrn Kobl ein Reifen. Kobl sowohl wie seine beiden Schrittmacher kamen zu Fall; einer der letzteren, der Italiener Cantini, mußte bewußlos von der Bahn

getragen werden, doch erholte er sich schließlich. Kobl erlitt schmerzhaft Verletzungen, die aber nicht gefährlich sein sollen. Dies Unglück hatte zur Folge, daß der Holländer Dikentmann im Rennen siegte.

Feuerbericht. Am Montag brannte Schützenstr. 38 im Quergebäude die Vollenlage. Aus gleichem Anlaß wurde die Wehr nach Oranienburgerstr. 9 gerufen. Strahmanstr. 14 wurden Möbel durch Feuer beschädigt, während Strahmanstr. 13 die Markise eines Schaufensters Feuer gefangen hatte. Ein Alarm nach Wilhelmstr. 8a war durch brennendes Müll verursacht.

Aus den Nachbarorten.

Ein Wohnungsglück. Dorado in Niddorf. Aus Niddorf schreibt man uns: In der Bergstrasse, kurz vor dem Stadtbahnhof Niddorf, liegt etwas über dem Straßenniveau ein kleines graues Gebäude, mit seinen an den Giebelwänden sich emporziehenden, mehrfach verschlungenen Dächern und Kuchelroben gar trostlos anzusehen. Es ist das alte städtische Waisenhaus. Betritt man bei trockenem Wetter den sogenannten Hof, einen geräumigen Platz in einem Rahmen dünner gründer Sträucher, so richten sich auf den Besucher die neugierigen Blicke von mehreren Dugend Kindern jeglichen Alters. Man hat vor sich einen Teil des „Segens“ der jetzt in dem Häuschen untergebrachten wohnungslosen Familien, denen die früher hier hausenden Waisen haben Platz machen müssen. Das Gebäude, das einschließlich des Flurflüßers sieben Fenster front hat und etwa 10 Meter tief ist, beherbergt im Keller, im Hochparterre und im Dachgeschoß in 24 Räumen 27 Familien mit 98 Kindern. Wir begeben uns zunächst in den Keller und kommen in einen zweifelhafte Raum. Schon beim Öffnen der Thür schlägt uns dumpfe, feuchte Luft entgegen. Der Fußboden ist mit Ziegelsteinen gepflastert, die die Feuchtigkeit des lehmigen Erdbereichs hindurch lassen. In der Mitte des Raumes liegen einige Matten, die der „Waisenvater“ spendiert hat. In diesem Raum haufen Mann, Frau und sechs Kinder. Durch das Zimmer hindurch gelangt man in die nächste „Wohnung“, einen ebenso dumpfigen feuchten Raum wie den vorherigen, aber viel, viel kleiner. Wir nehmen unser Metermaß zur Hand und stellen fest: Breite 1 1/4 Meter, Länge 4 1/2 Meter, Höhe gegen 2 Meter. Bewohner sind der Mann, die Frau und ein Kind. Die Frau klagt über Reizen und darüber, daß „man gar nicht vom Doktor wegkomme, seitdem man hier wohnen muß“. Unser Weg führt uns dann durch das Hochparterre. Die Größe der Räume stimmt mit der im Keller ziemlich überein, nur sind sie höher und auch trockener. Einer Frau, die mit 4 Kindern einen der hinteren kleinen Räume bewohnt, ist es unmöglich, dort ein Bett aufzustellen. Die Matratze steht an der Wand. Alle fünf müssen auf der Erde schlafen. Doch schläft die Frau nur wenige Stunden. Den übrigen Teil der Nacht wagt sie, um bei der Arbeit nicht durch die Kinder gestört zu werden. Solcher kleinen Räume, in die man immer nur durch den vorgelagerten größeren Raum gelangt, enthält jedes Geschoß vier. Im Dachgeschoß verkleinert sich natürlich der Raum und auch die benutzbare Fläche etwas. Die meisten Familien haben drei bis sechs Kinder. Einer der kleinen Räume wird von einer aus sieben Köpfen bestehenden Familie benutzt. Von den Kindern müssen zwei in dem großen Nebenraum der dort wohnenden Familie, zu der ebenfalls fünf Kinder gehören, beim Schlafen Gesellschaft leisten. — Dem Berichterstatter und seinem Begleiter, einem Niddorfer Arzt, wurde von den anwesenden Frauen glaubhaft versichert, daß sie hauptsächlich wegen der Kinder keine Wohnung bekommen hätten. Sie hätten immer Wohnungen gesucht und hätten es auch jetzt. Viele Wirt wollten keine Kinder, so z. B. auch ein Wirt aus der Schönweiderstrasse, der nach einer den Leuten ausgehändigten Aufstellung des Magistrats zur Zeit Stube und Küche für 24 M. zu vermieten hat. Nach weiteren Auskünften sind fast alle Wohnungsglösen in der Lage, eine nicht allzu hohe Miete zu bezahlen; sie liehen sich nach einer eignen vernünftigen Wohnung. — Ob jetzt Herr Weiz und seine Freunde in den städtischen Körperkassen es wagen werden, abermals von einem Dorado zu sprechen, aus dem die Wohnungsglösen, die er schon einmal als „wirtschaftliche Fausl“ bezeichnet hat, gar nicht heraus zu bekommen sind.

Beinahe wäre in Spandau der Umsturz proklamiert worden. Bei der Wahl eines Mitglieds der Schuldeputation erhielt nämlich unser Parteigenosse Hülse 13 Stimmen, während 16 auf den Stadtverordneten Schulze fielen. So gelang es noch eben, die Revolutionierung der Schule zu verhindern.

Wie wenig die in der Kommunalverwaltung maßgebenden Handhaber gewillt sind, gegen die Wohnungsnot etwas zu unternehmen, zeigt sich jetzt wiederum in Spandau, wo unsre Parteigenossen in der Stadtverordneten-Versammlung die Errichtung eines Anstalts für Obdachlose und eines Wohnungsamts sowie die Aufnahme einer Wohnungsfürsorge beantragt haben. Ferner wollen unsre Genossen, daß die Stadtverordneten-Versammlung sich für die Beschaffung billiger und gesunder Wohnungen aus städtischen Mitteln erkläre oder auch suche, durch Empfehlung einer Unterstützung gemeinnütziger Genossenschaften das gleiche zu erstreben.

Als unser Parteigenosse Rieger diese Anträge einbrachte und begründete, unterbrachen ihn die Hauswirte fortgesetzt durch Entrüstungsbrüche. Genosse Rieger bezeichnete es als besänftigend, daß zur Zeit die Obdachlosen, gleich Waisenkinder, in der Polizeiwache untergebracht werden; er verwies auf den Erlaß der preussischen Minister und forderte, daß sich die Versammlung nicht dadurch ein Ansehen ausstellen solle, daß sie sich erst von der Aufsichtsbehörde zur Erfüllung einer ganz selbstverständlichen Pflicht zwingen lasse. Bezeichnend ist, daß Oberbürgermeister Koebe als Leiter des Kommunalwesens meinte, es seien schon zwei Perioden der Wohnungsnot binnen 25 Jahren vorübergegangen und so werde auch der jetzige Zustand von selbst wieder verschwinden. Ueberdies baue ja der Militärskus Arbeiterwohnungen. Daß diese nur für die in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter beschafft werden, scheint dem Oberbürgermeister nicht bekannt zu sein. Nachdem auch unser Parteigenosse Rudisch den sozialdemokratischen Antrag begründet hatte, beschloß die Stadtverordneten-Versammlung, die Angelegenheit zu vertagen.

Schöneberg. Die Aufhebung der Lustbarkeitssteuer zum 1. April l. J. hat der Magistrat in seiner Sitzung vom Donnerstag beschlossen. Der Ertrag der Steuer steht nicht im Verhältnis zu der Schwierigkeit der Erhebung und der hierdurch entstehenden Verwässerung des Publikums. — Zum Armenarzt für den Friedenauer Ortsteil ist vom Magistrat Herr Dr. Sammler bestellt worden. — Die neue Verbindungsstraße zwischen Alagen- und Hauptstrasse, neben der Maison de santé, soll den Namen Vorbergstrasse erhalten.

Ein großes Grubenunglück, bei dem elf Menschen verunglückt sind, wird aus Finsterwalde gemeldet. Am Sonnabend ist in der Nähe von Finsterwalde die Braunkohlengrube „Henriette“ bei Sallgast durch schlagende Wetter in Brand geraten. Elf Bergleute wurden vernichtet. Die gesamte Knappmannschaft, die freiwilligen Feuerwehren sowie Maurer und Zimmerleute beteiligten sich an den Rettungsarbeiten. Es lag die Möglichkeit vor, daß sich die Vermissten in einem entlegenen Stollen vorläufig in Sicherheit gebracht hätten. Am Sonntag wurde die Berliner Feuerwehr und das Kommando des 3. Corps um Hilfe ersucht. Der Branddirektor Giersberg ließ alle Wachen benachrichtigen und es meldeten sich darauf der Obermaschinist Brand und die Feuerwerker Haase, Müller und Schulz, ehemalige Bergmänner freiwillig zu den gefährlichen Rettungsarbeiten. Unter Führung des Brandinspektors Reders, des ersten Adjutanten des

